

E & W

Erziehung & Wissenschaft



Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 06/2022

Heterogenität

in Bildungseinrichtungen

ZEITENWENDE

Das Thema „Krieg in der Ukraine“ hat auch Kitas, Schulen und Unis in Deutschland erreicht. **Seite 20**

BESCHLEUNIGT

Der Digitalisierungsschub während der Corona-Pandemie führt an Schulen zu mehr sozialer Ungleichheit. **Seite 34**

WEGWEISEND

Das Berliner Hochschulgesetz will Dauerstellen für qualifizierte Forschende schaffen. **Seite 38**

Lenovo macht Schule.

Smarter
technology
for all

Lenovo

Smarter



Getestet für die Verwendung unter erschwerten Bedingungen wie Spritzwasser, Erschütterungen oder Staub – was auch immer der Schulalltag bringt.
Wir beraten Sie gerne, Tel. 0201 22099 844.

 **Windows 11**

A more focused Start experience

www.lenovo.com/EDUCATION

INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Heterogenität in Bildungseinrichtungen



Brennpunktschule: Für viele ein zweites Zuhause	6
Inklusionssportverein: Entspannte Vielfalt	10
Heterogenität: Zwischen Vielfalt und Ungleichheit	13
Behinderte: Den Menschen etwas zutrauen	16
Postkoloniales Klassenzimmer: Blinde Flecken	18

Hintergrund

Folgen des Ukraine-Krieges

Fachkräfte: Ukrainisch für Anfänger	20
Schulen: Vertrautheit und Schutz bieten	24
Friedensforscher: Im Gespräch bleiben	26



Ergänzende Beiträge auf der GEW-Website
 „Traumatisierte Kinder: Hier bist du sicher“
 und „Es gilt: der Beutelsbacher Konsens“ unter:
gew.de/ew-6-22

Gesellschaftspolitik

Textilbündnis: Die Glaubwürdigkeit ist weg	28
--	----

Tarif- und Beamtenpolitik

SuE-Tarifeinigung: Mehr Geld – mehr Zeit	30
--	----

Schule

Leitungen: Schulen zukunftsfähig machen	32
GEW-Digitalstudie: Soziale Spaltung nimmt zu	34

Gewerkschaftspolitik

DGB-Bundeskongress: Im Zeichen der Transformation	36
---	----

Hochschule und Forschung

Berliner Hochschulgesetz: Bundesweites Signal	38
---	----

Nachruf

Christa Preissing: Immer einen Schritt voraus	40
---	----

Mitgliederforum

41

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
 Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 74. Jg.

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Vorsitzende: Maike Finnen

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
 Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
 Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplus.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
 Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
 Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

FAHIMI NEUE DGB-VORSITZENDE

Mit *Yasmin Fahimi* steht zum ersten Mal eine Frau an der Spitze des DGB. Die Delegierten des 22. Bundeskongresses des DGB wählten Fahimi mit 93,2 Prozent zur neuen Vorsitzenden. Sie bestätigten zudem die bisherigen Bundesvorstandsmitglieder in ihren Ämtern. Elke Hannack erhielt als stellvertretende DGB-Vorsitzende 97,7 Prozent der Stimmen, Anja Piel 96,3 Prozent und Stefan Körzell 97,1 Prozent (s. Seite 36 f.).



DIE NEUE DGB-VORSITZENDE YASMIN FAHIMI (2. REIHE, 5. V. L.) IM KREIS DER GEW-DELEGATION

NRW UND SAARLAND: NEUE VORSTÄNDE

Max Hewer ist neuer Vorsitzender des GEW-Landesverbands Saarland. Der Gemeinschaftsschullehrer erhielt Anfang Mai bei der Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands 93,5 Prozent der Stimmen. Hewer tritt die Nachfolge von Birgit Jenni an, die nicht für eine Wiederwahl angetreten war. Stellvertretende Landesvorsitzende sind die Berufsschullehrerin Claudia Kilian und die Sozialpädagogin Liliane Rosar-Ickler.

Ende Mai wählte auch die GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) einen neuen Vorstand. Ayla Çelik wurde als Vorsitzende im Amt bestätigt – sie folgte vor Jahresfrist auf Maïke Finnern, die auf dem Gewerkschaftstag der GEW zur Vorsitzenden der Bildungsgewerkschaft gewählt worden war. Mit Stephan Osterhage-Klingler und Kerstin Salchow wählten die Delegierten in NRW zwei neue stellvertretende Vorsitzende.

BEHINDERTE BENACHTEILIGT

Anlässlich des europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai kritisierte die DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Katja Karger, dass der Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen immer noch exklusiv statt inklusiv sei. „Die Corona-Pandemie hat hierbei einen negativen Impuls gesetzt. Wenn Menschen mit Behinderungen einmal ihren Arbeitsplatz verloren haben, ist es für sie deutlich schwieriger, einen neuen zu finden.“ Der DGB fordert, die gesetzlich vorgesehene Abgabe für ausbleibende Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zügig und insgesamt anzuheben (s. Seite 16 f.).

AUSBILDUNGSMARKT SCHWÄCHELT

Der Ausbildungsmarkt leidet weiter unter den Folgen der Corona-Krise. Laut des aktuellen Berufsbildungsberichts wurden auch 2021 weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als vor der Pandemie 2020; zudem liegt das Angebot an Plätzen unter Vor-Corona-Niveau. Die GEW fordert daher eine Ausbildungsgarantie für die jungen Menschen. Unser Nachbar Österreich zeige, wie das gehe, so die GEW-Vorsitzende Maïke Finnern (s. E&W 5/2022). Die zusätzlichen Ausbildungsplätze sollten über eine Umlage der Betriebe finanziert werden. „Es passt einfach nicht zusammen, dass sich die Wirtschaft über einen wachsenden Fachkräftemangel beklagt, aber nicht bereit ist, ausreichend in die Ausbildung der jungen Leute zu investieren“, sagte Finnern.

GEHÄLTER STEIGEN DEUTLICH

GEW, ver.di und Internationaler Bund (IB) erzielten im April ein Verhandlungsergebnis: Ab 1. Januar 2023 steigen die Gehälter in allen Gesellschaften um 4,0 Prozent (außer IB Gesellschaft für interdisziplinäre Studien (GIS): hier 1,75 Prozent), ab 1. Januar 2024 um weitere 4,3 Prozent (IB GIS: 1,75 Prozent). Der Arbeitgeber verpflichtete sich zudem zu Verhandlungen über die betriebliche Altersvorsorge. Ab 2023 erhöht sich das Weihnachtsgeld bei einer Betriebszugehörigkeit ab zehn Jahren auf 1.600 Euro. Alle erhalten künftig bei ihrem 30-jährigen Dienstjubiläum eine Einmalzahlung von 750 Euro. Auch GEW-Mitglieder profitieren: 2023 und 2024 erhalten sie jährlich einen Mitgliedsbonus von 200 Euro. Die nächsten Verhandlungen über mehr Geld für die IB-Beschäftigten stehen 2024 an.

PRÄMIE DES MONATS



Juni: Büchergutschein

Leseratte, Hörbuchjunkie, Comicfreak? Für 30 Euro auf Schatzsuche gehen bei der Büchergilde Gutenberg – in mehr als 80 Buchläden oder im Onlineshop.



Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

„FÜR VIELE IST DAS HIER EIN ZWEITES ZUHAUSE“

ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

Die wachsende Heterogenität in der Gesellschaft bringt wachsende Herausforderungen für die Schulen mit sich. Doch Vielfalt ist auch ein Schatz. Ein Blick in die Praxis einer Bremer Brennpunkt-Grundschule zeigt: Um diesen zu heben, braucht es eine ausreichende Ausstattung mit qualifiziertem Personal – und mehr Zeit.

Sachkunde-Unterricht, 4. Klasse. In Kleingruppen erarbeiten die Jungen und Mädchen, wie sie sich auf dem Fahrrad kleiden können, um im Straßenverkehr aufzufallen. Die Aufgabe ist Teil der Vorbereitung auf den Fahrrad-Führerschein, der demnächst ansteht. „Da geht es schon los“, sagt Klassenlehrerin Christiane Lindenlaub. „Manche Kinder kommen mit dem Rad zur Schule, andere haben noch nie auf einem gesessen. Wir müssen ihnen erst beibringen, wie Fahrradfahren überhaupt geht – aber dafür fehlt die Zeit.“

Zeit: Das ist der größte Mangel, den es gibt an der Grundschule am Halmerweg in Bremen-Gröpelingen. Und es fehlt an Personal, aber irgendwie hängt das eine ja mit dem anderen zusammen. Der Stadtteil gilt als sozialer Brennpunkt: Hier ist die Arbeitslosigkeit hoch, hier leben viele Familien mit Migrationshintergrund und geringem Einkommen, hier werden viele unterschiedliche Sprachen

gesprochen. Es ist ein buntes Miteinander, von dem die Kinder viel profitieren. Aber: Viele haben vor der Schule noch nie ein Buch in der Hand gehabt, noch nie Deutsch gesprochen, noch nie geklebt oder gemalt.

Viele Eltern können ihre Kinder nicht genügend unterstützen.

Sonderpädagogin Anne Matthies-Rückel ist seit fast 30 Jahren an der Schule. Ihre nüchterne Erkenntnis: „Die sozialen Probleme im Stadtteil haben in den vergangenen Jahren noch zugenommen, das Leistungsniveau der Kinder hat abgenommen. Das bedeutet, dass ich noch mehr gebraucht werde als früher.“ Sibylle Spengler ist Sozialpädagogin an der angeschlossenen Betreuungsschule, an der bis zu 80 Kinder auch nachmittags verschiedene Angebote vom Mittagessen über Hausaufgabenbetreuung bis hin zu diversen Arbeitsgemeinschaften wahrnehmen können. „Wir stellen fest, dass viele Eltern ihre Kinder nicht genügend unterstützen können“, sagt sie. „Hier versuchen wir positiv einzuwirken, indem wir zum Beispiel das spielerische und soziale Miteinander fördern.“ Als einer von mehreren im Kollegium, die Türkisch und Arabisch sprechen, hat Erzieher Haktan Cakim einen besonderen Draht gerade auch zu den vielen muslimischen Kindern. „Ich bin wie sie hier im Stadtteil geboren und weiß, wie sie sich fühlen. Für viele ist das hier ein zweites Zuhause. Wir geben ihnen einen geschützten Raum.“

Nur 12,5 Prozent der 279 Kinder an der Grundschule sprechen Deutsch als Muttersprache. Insgesamt sind hier 33 Nationalitäten mit 22 Herkunftssprachen vertreten, gut 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Fast die Hälfte aller Familien hat Anspruch auf staatliche



Foto: Anne-Katrin Wehrmann

HAKTAN ÇAKIM, ERZIEHER, UND SYBILLE SPENGLER, SOZIALPÄDAGOGIN, LEGEN WERT DARAUF, DAS SOZIALE MITEINANDER AN DER SCHULE ZU FÖRDERN.

Leistungen für Bildung und Teilhabe, viele weitere Eltern arbeiten in prekären Verhältnissen. „Unsere Schule befindet sich in einem Stadtteil, der von Armut und vielen Sorgen und Nöten geprägt ist“, bringt es Schulleiterin Angela Heidrich auf den Punkt. „Und gleichzeitig auch von kultureller Vielfalt – was wir hier nicht als Nachteil sehen, sondern als Gewinn.“ Und doch sei es ein Problem, dass so vielen Kindern der deutsche Sprachschatz fehle: „Sie sind schon per se benachteiligt, weil einfach alles, was wir hier machen, sprachbasiert ist.“ Soziale Arbeit und soziales Lernen würden an der Schule viel Raum und Zeit einnehmen, sagt die Schulleiterin. Die Ergebnisse fänden sich aber leider in den Zeugnissen nicht wieder. „Was wir unbedingt bräuchten, wäre eine durchgängige Doppelbesetzung in den Klassen. Und mehr Wertschätzung für das,

was die Kinder hier außerhalb des Curriculums leisten – zum Beispiel beim Tanzen oder Theaterspielen.“

Enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen

Der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“ zeigt: Gerade im internationalen Vergleich ist hierzulande noch immer ein „enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung sowie Zertifikats- und Kompetenzerwerb nachweisbar“. Für die Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern gebe es drei Arten von Risikofaktoren, heißt es dort – die der formal gering qualifizierten Eltern sowie die soziale und die finanzielle. In Deutschland ist demnach fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen von





MAXIMO (8) GEFÄLLT ES BESONDERS, NEUE DINGE ZU LERNEN, VOR ALLEM ENGLISCH.



Fotos: Anne-Katrin Wehrmann

>>> mindestens einer dieser Risikolagen betroffen, für 4 Prozent gelten sogar alle drei gleichzeitig. Überproportional häufig trifft es Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Im Ländervergleich ist Bremen das Schlusslicht in dieser Statistik: Hier ist fast die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen von mindestens einer Risikolage betroffen.

Die Schulen benötigen die Freiheit, vom Zensurenendenken wegzukommen.

Im Bereich der Inklusion habe sich Bremen einen Namen als Vorreiter des gemeinsamen Unterrichts gemacht, betont Maïke Wiedwald, Pressesprecherin der Bremer Senatorin für Kinder und Bildung. „Darüber hinaus sind wir eines der wenigen Bundesländer, die explizit die soziale Lage und Zusammensetzung der Schülerschaft durch Sozialindikatoren berücksichtigen.“ Entsprechend dem Leitsatz „Ungleiches ungleich behandeln“ stelle das Bildungsressort Schulen in herausfordernden Lagen mit hohem Sozialindikator grundsätzlich sowohl in der Sach- wie auch in der Personalzuweisung deutlich mehr Mittel zur Verfügung. „Unter anderem ist auch die Doppelbesetzung an Grundschulen in schwierigem Umfeld eines

unserer zentralen Vorhaben“, berichtet Wiedwald. Eine Stellenausschreibung, bei der auch die Grundschule am Halmerweg berücksichtigt werde, laufe gerade. Auf jeden Fall bräuchten die Schulen mehr Flexibilität, um mit den veränderten Bedingungen umgehen zu können, betont die Bremer GEW-Landessprecherin Barbara Schüll, die als Vorkurslehrerin für Deutsch als Zweitsprache an der Grundschule am Halmerweg arbeitet. „Die Aufgaben werden immer vielfältiger – und damit auch die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen deswegen deutlich mehr Personal – und die Freiheit, vom Zensurenendenken wegzukommen.“ Besonders wichtig sei die Einführung einer täglichen Kooperationsstunde: „Wir haben inzwischen so viele unterschiedliche Professionen an den Schulen, da braucht es Reflexion und Planungszeit.“ Maximo und Sila kommen gerne zur Schule. Maximos Eltern haben ungarische und ghanaische Wurzeln, Silas iranische und türkische. Hier sind die beiden Achtjährigen einfach zwei Kinder, die gerade in der Betreuungsschule eine Runde „Wer ist es?“ miteinander spielen. „Wir machen in der Schule viele spannende Sachen“, meint Sila, „darum macht es mir Spaß, hier zu sein. Ich

„WIR MACHEN IN DER SCHULE VIELE SPANNENDE SACHEN“, ERZÄHLT DIE ACHT-JÄHRIGE SILA.



mag es ganz doll, mit anderen zu spielen.“ Maximo ist da etwas zurückhaltender. Mit seinen Freunden sei er gerne zusammen, erzählt er. „Aber wenn da welche sind, die ich nicht kenne, bleibe ich lieber allein.“ Was ihm besonders gefällt: neue Dinge zu lernen, vor allem Englisch. Und auch Fußball spielt er gerne. „Eigentlich bin ich gut in Sport, aber ich bin da zu aggressiv“, sagt er über sich selbst. „Wenn ich verliere, kann ich mich nicht kontrollieren.“ Fehlende Selbstbeherrschung, angestaute Aggressionen, mangelnde Konfliktfähigkeit: Auch das erlebt das Kollegium hier häufiger bei den Schülerinnen und Schülern. „Viele haben vor der Einschulung noch nicht ausreichend mit anderen Kindern sozial interagiert und sind jetzt auf dem Schulhof regelmäßig in Auseinandersetzungen verwickelt“, berichtet Klassenlehrerin Lindenlaub. Die Kinder in ihrer Vielfalt anzunehmen und zu fördern, sei eine tolle Aufgabe: „Aber oft ist es auch belastend, weil wir einfach nicht allen gerecht werden können.“ Es sei nicht möglich, alle Ungleichheiten innerhalb von vier Jahren zu beseitigen. „Wir können nicht alles für jeden erreichen. Wir können nur versuchen, die bestmögliche Lernumgebung zu schaffen, damit die Kinder möglichst viel für ihre Zukunft mitnehmen können.“ ■



WEITER- BILDUNG

durch den Klassenfahrten-Coach

Thema: Klassenreisen im Schuljahr 2022/23

Inhalte:

aktuelle Lage • Reiserecht • Schulrecht
Versicherung • Stornierung

18.8. - 24.8. - 7.9.22

Dauer: ca. 90 Minuten

Kosten: 0€ (bei Anmeldung bis 8.7.22, ab 9.7.22: 29€)

Ort: online via Zoom

Anmeldeschluss: 1.8.22

Anmeldung unter: qrzilla.io/znBjX7



Tel.: 0351-8013176, E-Mail: wb@klawu.de

Ein Angebot der Agentur KLAUWU



Deutscher
Volkshochschul-Verband



Einfach gut unterrichten:

Die Online-Schulungen zu den DVV-Rahmencurricula

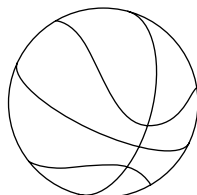
Lesen & Schreiben

Know-how für Unterricht mit Erwachsenen –
jederzeit und kostenfrei!

vhs-onlineschulung.de



ENTSPANNTE VIELFALT



ANJA DILK
freie Journalistin

Alle sind in Bewegung – bei Pfeffersport e. V., Berlins größtem Kinder- und Inklusionssportverein, treiben Menschen mit und ohne Handicap seit 30 Jahren gemeinsam Sport.

Ein Donnerstag im April. Vor der Max-Schmeling-Halle im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg cruisen Skateboarder, Mädchen haben eine Slackline zwischen zwei Bäumen im Park aufgespannt. Jörg Zwirn, Geschäftsführer des Sportvereins Pfeffersport, stößt die Tür zur Halle auf: Der Sportnachmittag ist in vollem Gange. Ganz vorn wärmen sich die „Amici“ auf, Grundschülerinnen und -schüler zwischen acht und zwölf Jahren, gleich wollen sie Brennball spielen. In Halle zwei hüpfen die „Bambini“, die Kleinen im Alter von zwei bis vier Jahren, begleitet von ihren Eltern, durch eine Landschaft aus Aufbauten fast musealer Dimension. Mattenberge, Wackelbretter, Bälle, Kletterpfade aus verkeilten Bänken und Kästen. Halle drei gehört den „Ragazzi“, den Fünf- bis Siebenjährigen, die an Barren und Seilen hangeln. Handicaps? Sofern man bei Inklusion überhaupt nach dieser Katego-

rie sucht, stellt man fest: Auf den ersten Blick ist davon nichts zu sehen. Nur in der letzten Halle mischen sich Rollstuhlfahrende mit Menschen, die ein bisschen anders balancieren, gehen oder werfen, plötzlich mal laut rufen oder sich unvermittelt aus dem Spiel zurückziehen. „Das sind unsere Großen“, sagt Zwirn. „Mit ihnen hat alles angefangen.“

**Kinder sollen erleben,
dass sie etwas können.**

Das war Mitte der 1990er-Jahre, als das Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten noch Integration hieß. Zwirn hatte, unterstützt von verschiedenen Sportverbänden, eine „Integrative Sportgruppe“ aufgebaut. 50 Prozent mit, 50 ohne Handicap. Gemeinsam mit dem Kultur- und Kreativzentrum Pfefferberg entwickelte er ein Konzept. Heute hat der Verein 4.500 Mitglieder, 150 Übungsleiter, lange Wartelisten und ein Sportangebot von Rollstuhlbasketball über Disc Golf bis Parkour. „Wir wollen in den Sportgruppen die Diversität der Stadt abbilden und Kinder stärken. Das ist Inklusion für uns“, erläutert Zwirn. Kinder sollen erleben, dass sie etwas können. Dass sie ihre Grenzen selbst einschätzen und in der Lage sind, selbst zu entscheiden. Ein Kind kann sich nicht allein auf den Kasten ziehen? Nicht helfen, sondern klar sagen: macht nichts. Das war schon gut, probier noch etwas anderes. Selbstwirksamkeit erleben, Freude an der Bewegung entdecken – statt Leistungsstress.

Die Ragazzi sausen durch Halle drei. Coco, gelbes T-Shirt, graue Leggings, liebt es, hierher zu kommen. „Ich habe meine Freundin Rani hier kennengelernt“, strahlt sie, klettert auf den Kasten vor der blauen weichen Matte, schnappt sich das Seil, das von der Decke baumelt und schwingt sich zum Kasten gegenüber. „Super“, ruft Übungsleiter Sven Bücks. Er genießt die besondere Dynamik in der Gruppe, die oft entsteht, wenn Kinder mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen zusammenkommen. „Man ist aufmerksamer, geht wertschätzender miteinander um.“

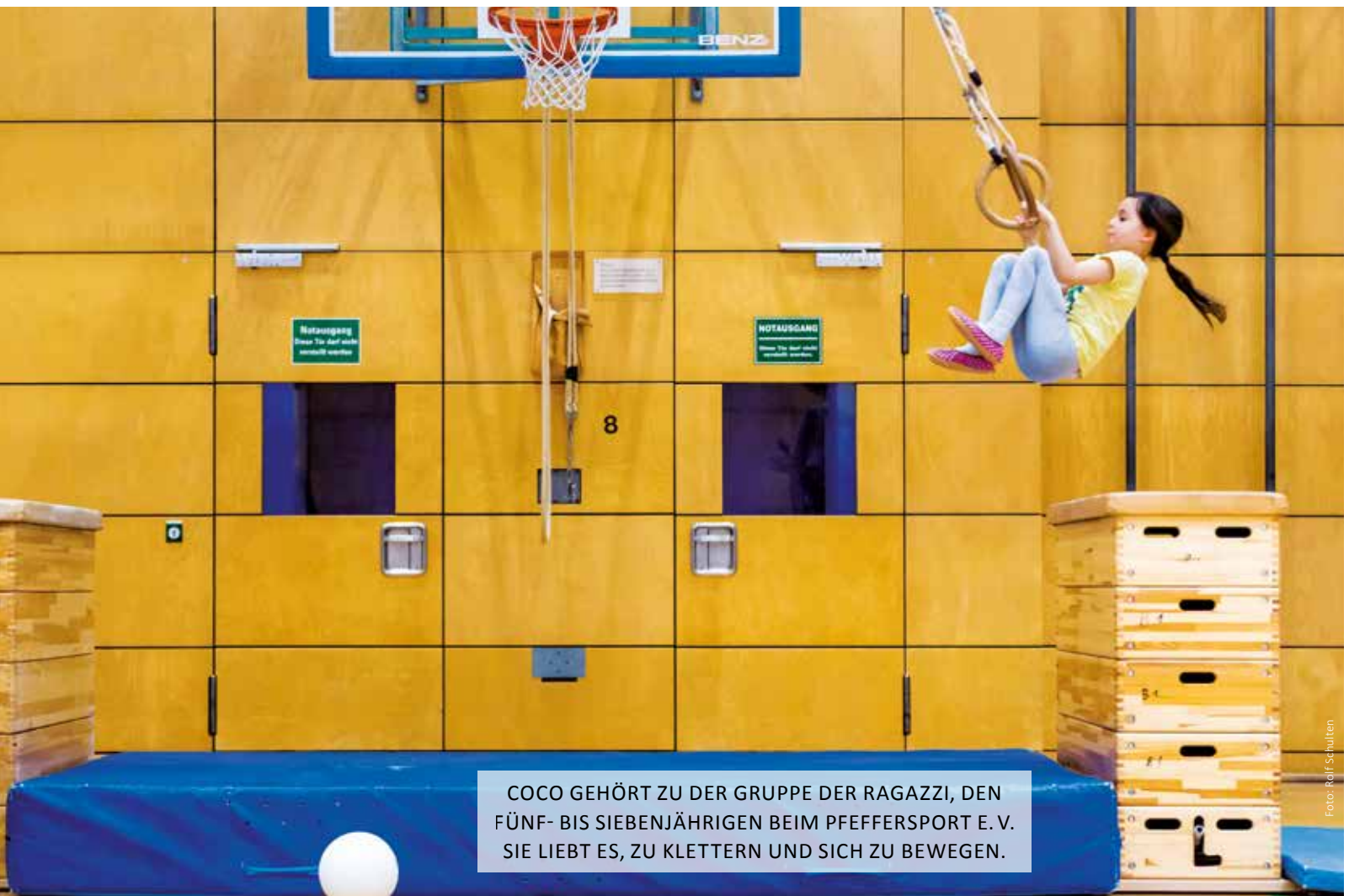
Ob ein Kind Förderbedarf hat oder nicht, wissen die Übungsleitenden der Ragazzi oft gar nicht. Nicht alle Eltern teilen das mit. Andere wenden sich an die Inklusionsberaterin des Vereins. Dann wird diskutiert: Was liegt an, welche Gruppe würde zum Kind passen? Die meisten Übungsleitenden erwerben neben dem Trainerschein eine Trainerlizenz für Freizeit- und Breitensport mit dem

Schwerpunkt Inklusion, die in Zusammenarbeit mit dem Berliner Behindertensportverband angeboten wird.

**Wir sind nicht alle gleich,
aber das macht nichts, denn wir können damit
umgehen und die Regeln anpassen.**

Oliver Klar leitet bei Pfeffersport die Abteilung Qualifizierung. „Wir setzen auf ein offenes Angebot und einen methodischen Mix zwischen angeleiteten Spielen und Bewegung allein.“ Oberstes Prinzip: Freiwilligkeit. „Alle Teilnehmenden haben das Recht, auch mal nicht mitzumachen.“ Und die Übungsleitenden den Grundsatz, nach Lösungen zu suchen, wie es doch zusammen geht. Zum Beispiel: Sind Kinder mit Handicap bei einem Geschicklichkeitsspiel im Nachteil? Dann bekommen sie drei Leben, statt wie die anderen nur zwei. Beim Fußball wird immer an Kindern mit Behinderung vorbeigedribbelt? Das

>>>



COCO GEHÖRT ZU DER GRUPPE DER RAGAZZI, DEN FÜNF- BIS SIEBENJÄHRIGEN BEIM PFEFFERSPORT E. V. SIE LIEBT ES, ZU KLETTERN UND SICH ZU BEWEGEN.

>>> passiert nicht mehr, wenn Tore nur dann zählen, wenn vorher jedes Kind mit Handicap einmal Ballkontakt hatte. Klar: „Bei uns erleben alle Kinder unmittelbar: Wir sind nicht alle gleich, aber das macht nichts, denn wir können damit umgehen und die Regeln anpassen.“ Entspannte Vielfalt statt starrer Normen.

„Entscheidend ist der pädagogische Umgang, wenn es schwierige Situationen gibt“, sagt Klar. Das kann heißen, Kinder darauf hinzuweisen, wenn in der Freispielphase ein Kind mit Handicap alleine bleibt. Überlegt mal, was könntet ihr zusammen machen? Das kann bedeuten, zuzuhören: Du magst den Anton nicht, weil der so laut schreit? Warum denkt ihr euch nicht ein Schrei-spiel aus? Sensibler pädagogischer Umgang kann auch bedeuten, ein verängstigtes Kind beim Spiel an die Hand zu nehmen und zu schützen, damit es nicht vom Ball getroffen wird, was wehtun kann.

Inklusion als etwas ganz Normales erleben

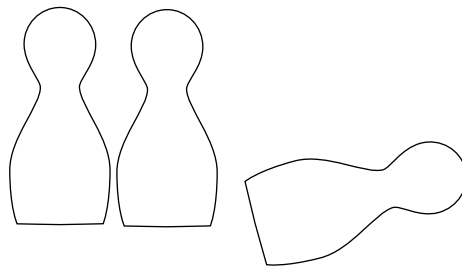
Natürlich, es gibt Grenzen. Yunis liebt Basketball über alles, trotz seiner Mehrfachbehinderung spielte er bei Pfeffersport eine Zeitlang in einer Basketballgruppe mit Kindern ohne Handicap – „doch es war ihm einfach zu viel“, sagt seine Mutter Nadia Lichtenberger. „Zu schnell das Spiel, zu undurchsichtig die Regeln.“ Jetzt ist Yunis bei den „Großen“, hier haben alle ein Handicap. „Hi, schau mal“, ruft Yunis und hebt den Ball mit einem kräftigen Wurf in den Korb. „Hier kann sich Yunis nach seinem Tempo entwickeln“, sagt seine Mutter. „Das tut ihm gut.“ Gong. Die Bambini in Halle zwei versammeln sich. Zum Abschluss gemeinschaftliches Bewegen, auf der Stelle trampeln, die Arme in die Luft, hüpfen, bis der Atem pfeift. Der zweieinhalbjährige Benno gluckst, Milla, dreieinhalb Jahre alt, lacht und ist schon weg, noch einmal schnell durch das Mattenrohr krabbeln. „Ich will, dass unsere Kinder Inklusion als etwas ganz Normales erleben“, sagt die Mutter von Milla. „Erst in der vergangenen Woche war Milla fasziniert von den Rollstuhlbasketballern. Sie lernt: Es gibt eine ungeheure Vielfalt auf der Welt, ohne dass wir etwas erklären müssen.“ ■



YUNIS IST LEIDENSCHAFTLICHER BASKETBALLER. ER SPIELT IN EINER GRUPPE, DIE AUS MENSCHEN MIT ZUM TEIL MEHRFACHEN BEHINDERUNGEN BESTEHT.

Foto: Rolf Schulten

ZWISCHEN VIELFALT UND UNGLEICHHEIT



PROF. JÜRGEN BUDE

Erziehungswissenschaftler, Europa-Universität Flensburg

Der Alltag aller pädagogischen Einrichtungen in Deutschland ist von sozialer und kultureller Heterogenität geprägt. Der Umgang mit Heterogenität ist allerdings ambivalent.

Begriffen wie Heterogenität, Vielfalt, Intersektionalität oder Diversität ist – bei aller Unterschiedlichkeit – eines gemein: Sie weisen darauf hin, dass Differenzen erstens eine sozial konstruierte Tatsache sind; was als heterogen beurteilt wird, basiert auf sozialen und kulturellen Vorstellungen und nicht auf vermeintlich natürlichen Tatsachen. Zweitens machen sie deutlich, dass nicht nur eine Kategorie zur Beschreibung ausreichend ist, sondern sich die Lebenslagen der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen im Bildungssystem im Zusammenspiel vieler Kategorien konstituieren. Dieser Beitrag wird sich dabei im Folgenden auf den Umgang mit Heterogenität von Kindern und Jugendlichen beschränken. Andere Dimensionen der Heterogenität

(etwa bei Lehrenden bzw. Beschäftigten) können hier nicht thematisiert werden.

Die Möglichkeiten, politische Probleme pädagogisch zu lösen, sind begrenzt.

Die Vielfalt der Biografien der Kinder und Jugendlichen wird einerseits normativ begrüßt. „Vielfalt tut gut“, heißt es, und diese Sichtweise wird etwa durch entsprechende Programme gefördert oder in den Zielbeschreibungen der Schulgesetze niedergelegt. Heterogenität wird als Unterschiedlichkeit positiv konnotiert, zum Beispiel bei der Konzeption einer „Pädagogik der Vielfalt“ der Erziehungswissenschaftlerin Annedore Prengel. Bildungsinstitutionen werden in die Pflicht genommen, Unterschiedlichkeit zu akzeptieren und individuelle Unterstützung anzubieten.

Andererseits bestehen in Deutschland nach wie vor nicht nur erhebliche Bildungsungleichheiten. Insbesondere das Schulsystem trägt sogar dauerhaft und aktiv zur Produktion ungleicher gesellschaftlicher Verhältnisse bei. Bereits der Reformpädagoge und Psychoanalytiker Siegfried Bernfeld zeigte in den 1920er-Jahren die Relevanz normativer Appelle (wie „gute Bildung“ und „gleiche Chancen“) für die Verschleierung dieser Tatsache. Bildung und Bildungsabschlüsse beeinflussen bis heute in hohem Maße Teilhabechancen der Men-

>>>

>>> schen. In dieser Perspektive wird Heterogenität an Ungleichheitstheorien rückgebunden. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Schule eingeschränkt, in einer hierarchischen Gesellschaft Ungleichheit abzubauen. Die Möglichkeiten, politische Probleme pädagogisch zu lösen, sind limitiert. Zudem bestehen in Bildungsinstitutionen Tendenzen der Homogenisierung, etwa im schulischen Fachunterricht. Auch das Leistungsprinzip sowie die zunehmende Standardisierung und Vermessung des Outputs wirken homogenisierend, begünstigen Kinder aus der Mittelschicht und vermitteln Konkurrenz und Hierarchie aufgrund der individuellen Leistung als Orientierungsmaßstab. Ein Umgang mit Heterogenität basiert auf Differenzkategorien. Diese ermöglichen einerseits, Lebenslagen angemessener in den Blick zu nehmen und sind verknüpft mit der Hoffnung, der Individualität der Kinder und Jugendlichen gerechter zu werden. Andererseits tendieren Kategorien dazu, Differenzen als unveränderliche Wesensmerkmale festzuschreiben. So hilfreich etwa Wissen um geschlechtsbezogene Sozialisationsanforderungen für das Verständnis der Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen ist, so sehr droht das Risiko der Naturalisierung der Geschlechterdifferenzen und der Verstärkung von Stereotypen. Anerkennung beinhaltet

immer Anerkennung um den Preis des Ausschlusses des Nicht-Anerkannten. Spezifische Unterstützung wird an Kategorien rückgebunden, und diese werden so bestärkt. In der Inklusionsforschung wird dies als Etikettierung-Ressourcen-Dilemma diskutiert. Für den Umgang mit Heterogenität wird oft auf die Individualisierung des Lernens gesetzt. Auch hier zeigt sich ein Spannungsverhältnis. Denn einerseits kann Individualisierung Partizipation und eigenständige Lernprozesse ermöglichen, andererseits scheint die Praxis individualisierter Lernformate weit von den reformpädagogischen Hoffnungen entfernt und umfasst gouvernementale Selbststeuerungsimperative, die hoch anschlussfähig an neoliberale Selbstoptimierung sind. Aus dem Blick gerät leicht die Notwendigkeit, Gemeinschaft zu stiften.

Bildungsinstitutionen müssen sich ändern.

Der Umgang mit Heterogenität insbesondere in der Schule basiert entsprechend auf einer „Trinomie“ aus Universalität, Individualität und Differenz (Budde et al. 2016). Schule ist universell der gemeinschaftsstiftenden demokratischen Gleichbehandlung aller verpflichtet, allerdings droht das Risiko der Homogenisierung. Sie orientiert sich auf den Einzelfall, dies kann jedoch zu



problematischen Selbststeuerungspraktiken führen. Und sie ist verpflichtet, Heterogenität wahrzunehmen und kann gerade deswegen Stereotype verstärken. Die Frage, welche Perspektive angemessen ist, ist nicht einfach zu beantworten. Vielmehr wäre dafür zu plädieren, das Spannungsfeld aus Vielfaltsforderung, Ungleichheit und Homogenisierung als konstitutiv für gegenwärtige Bildungsinstitutionen anzunehmen. Pädagogische Professionelle, Kinder und Jugendliche, aber auch Institutionen in ihren Selbstverhältnissen sind permanent dazu aufgefordert, sich in diesem Spannungsfeld zu bewegen, welches weder qua programmatischer Forderungen noch qua individuellem Engagement alleine zu lösen ist.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen wiederum wird deutlich, dass sich Bildungsinstitutionen ändern müssen. Dem Umgang mit Heterogenität kommt dabei eine herausragende Stellung zu, insofern Teilhabe gewährt und sinnstiftendes Lernen ermöglicht wird. Das institutionalisierte Einüben in Ungleichheitsverhältnisse und die dauerhafte Reproduktion bekannten Wissens wird hingegen wenig dazu beitragen, aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. ■

Literatur: gew.de/ew-6-22

INSBESONDERE DAS SCHULSYSTEM TRÄGT
DAUERHAFT UND AKTIV ZU UNGLEICHEN
GESELLSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN BEI.

Foto: IMAGO/Panthermedia

TAGESSPIEGEL



charta der vielfalt

Freiheit, Vielfalt, Demokratie: Werte verteidigen in Krisenzeiten

Die führende Fachkonferenz für Vielfalt in der Arbeitswelt

Save the Date: 10.+11. November 2022

Wie kostbar Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung sind, das wird in Krisenzeiten besonders deutlich. Wie können wir diese Werte verteidigen? Die führende Fachkonferenz für Vielfalt in der Arbeitswelt zeigt: Vielfalt ist, klug gemanagt, der Schlüssel zum Erfolg in Wirtschaft und Gesellschaft und zu einem nachhaltigen Frieden.

www.diversity-konferenz.de

vhs Deutscher
Volkshochschul-Verband



Einfach gut unterrichten:
Die Online-Schulung zum DVV-Rahmencurriculum

Rechnen

Know-how für Unterricht mit Erwachsenen –
jederzeit und kostenfrei!

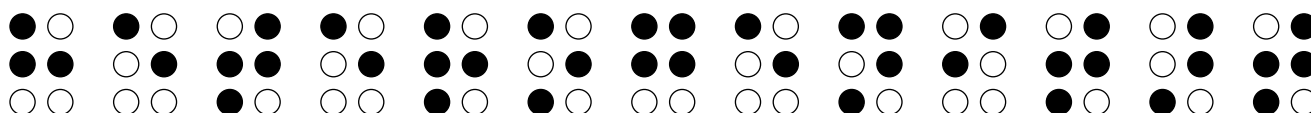
vhs-onlineschulung.de

AlphaDekade
2016–2026

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



DEN MENSCHEN ETWAS ZUTRAUEN



FRAUKE JANSSEN
freie Journalistin

Menschen mit Behinderung finden seltener Arbeit – auch dann, wenn sie hoch qualifiziert sind. Statt vor allem die Hürden zu sehen, sollten Arbeitgeber vielmehr das (wirtschaftliche) Potenzial dieser Bewerbergruppe in den Blick nehmen.

Carsten Dethlefs war noch ein Kind, als er erblindete. Ein Tumor im Kopf zerstörte das Sehzentrum des damals Vierjährigen. Später besuchte er die Grundschule in Dithmarschen, machte Abitur und studierte. Was er bis heute nicht mag: „Falsches Mitleid und Almosen.“ Auf beides richteten zum Beispiel Blindenverbände viel zu problemorientiert den Blick aus, den wiederum die Gesellschaft und die Arbeitgeber mittrügen, ist Dethlefs überzeugt.

Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler hat die Barrieren erlebt, in denen ihn manch ein Gegenüber gefangen sah. Nach dem BWL-Studium an der Fachhochschule Westküste in Heide fand Dethlefs zunächst keine Arbeit. Zu groß waren die Vorbehalte der Arbeitgeber. Und das,

obwohl die Kosten für die blindengerechte Ausstattung seines Arbeitsplatzes vom Arbeitsamt übernommen worden wären. Der besondere Kündigungsschutz hält Arbeitgeber nicht selten davon ab, schwerbehinderte Menschen einzustellen. „Dieser Schutz sollte entweder ganz abgeschafft werden, oder man sollte als mündiger Bürger wirksam darauf verzichten dürfen“, fordert Dethlefs.

Vorbehalte bei Unternehmen abbauen

Auch Christina Stabel, Beraterin des Arbeitgeber-Service für schwerbehinderte Akademiker bei der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit, kennt die Vorbehalte in Sachen Kündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „In 80 Prozent der Fälle stimmen die Integrationsämter einer Kündigung zu, deshalb ist das kein Argument; es gibt außerdem die Möglichkeit, während der Probezeit zu kündigen, ohne dass das Integrationsamt zustimmen muss“, hält Stabel gegen. Mit der sogenannten 500plus-Beschäftigungsinitiative sollen die Arbeitgeber durch Best-Practice-Beispiele lernen, umzudenken. „Damit sie und auch die Mitarbeiter tatsächlich erleben, wie hochqualifiziert der jeweilige Mensch ist“, erläutert Stabel.

Mit dem Projekt der ZAV wurden zusätzliche, auf zwei Jahre befristete Stellen speziell für schwerbehinderte Akademikerinnen und Akademiker in Bundesministerien



DER ARBEITSPLATZ VON CARSTEN DETHLEFS IST MIT EINER SPEZIALSOFTWARE AUSGESTATTET, DIE IHM DEN INHALT VON TEXTEN AM COMPUTER VORLIEST.

und nachgeordneten Behörden geschaffen. „Mit dem Ziel, die Leute möglichst dauerhaft zu übernehmen, was in einigen Fällen auch gelungen ist“, sagt Stabel. „Natürlich können Menschen mit ‚special needs‘ etwas Produktives für die Gesellschaft leisten“, betont Dethlefs und unterstreicht dabei ganz bewusst, dass eine Behinderung auch als spezieller Bedarf gesehen werden kann. Er möchte an seinen Fähigkeiten und nicht an seinem Handicap gemessen werden. Trotz aller Vorbehalte hat er das geschafft. Nach einem zusätzlichen VWL-Studium an der Fernuniversität Hagen promovierte er an der Goethe-Universität Frankfurt. Und er fand Arbeit. An der NBS Northern Business School in Hamburg rannte Dethlefs offene Türen ein. Dort lehrt der Wirtschaftswissenschaftler „Brandmanagement“, sprich Markenmanagement, und seit dem jüngsten Wintersemester auch „International Human Resource and Diversity Management“ im Studiengang Betriebswirtschaft. Sein Arbeitsplatz ist ausgestattet mit einer Spezialsoftware, die den Inhalt am Computer vorliest und einer sogenannten Braille-Zeile, mit der sich der Bildschirminhalt abtasten lässt – benannt nach Louis Braille, dem Erfinder der Blindenschrift. Außerdem unterstützt ihn eine Arbeitsassistentin bei bestimmten Tätigkeiten. Bezahlt werde sein Bedarf vom Amt für Integration, so Dethlefs. Seine Wünsche für die Zukunft fasst er so zusammen: „Wichtig ist, dass den Menschen etwas zugetraut wird.“ ■

Kündigungsschutz für Schwerbehinderte

Menschen mit Behinderung haben es trotz Qualifikation oft schwer, einen Arbeitsplatz zu finden und/oder diesen zu behalten. Um sie zu unterstützen und zu schützen, hat der Gesetzgeber das Mittel des besonderen Kündigungsschutzes geschaffen. Dieser gilt für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 Prozent und ihnen gleichgestellte Menschen mit einem GdB von 30 oder 40 Prozent. Der GdB kann bei der Bundesagentur für Arbeit beantragt werden. Ziel des besonderen Kündigungsschutzes ist es, den Arbeitsplatz für Behinderte zu sichern und eine Kündigung zu erschweren.

Will ein Arbeitgeber einem schwerbehinderten Menschen nach Ablauf der Probezeit kündigen, muss er die Schwerbehindertenvertretung (SBV) und den Betriebsrat/Personalrat informieren und die Zustimmung des Integrationsamtes einholen. Eine Kündigung ohne vorherige Anhörung des Betriebs- bzw. Personalrats ist unwirksam. jam

Was bedeutet „Grad der Behinderung“: gew.de/ew-6-22

BLINDE FLECKEN IM GESCHICHTSUNTERRICHT



Foto: Andreas Langen



Geschichte wird in der Schule erzählt, als seien Deutschland und Europa der Mittelpunkt der Welt. Die Menschheit hat aber nicht überall die gleiche Antike und das gleiche Mittelalter erlebt.



MARK TERKESSIDIS

INTERVIEW: MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

„Das postkoloniale Klassenzimmer“ heißt die neue Publikation von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR/SmC). E&W sprach mit dem Autor Mark Terkessidis.

E&W: In deutschen Schulklassen stammen viele Kinder und Jugendliche oder deren Eltern aus der Türkei, aus Syrien, Polen, Äthiopien oder aus anderen Ländern. Warum ist es wichtig, diese biografischen Bezüge im Fach Geschichte aufzugreifen?

Mark Terkessidis: Primär ist es so, dass Geschichte in der Schule erzählt wird, als seien Deutschland und Europa der Mittelpunkt der Welt. Wenn die Klassen sich aber aus Kindern und Jugendlichen verschiedener Herkunft zusammensetzen, dann sollten auch unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt werden. Die Menschheit hat nicht überall die gleiche Antike und das gleiche Mittelalter erlebt.

E&W: Angenommen, im Unterricht wird die Geschichte Afghanistans oder Kurdistans behandelt. Dann berührt die Lehrkraft schnell Gewalterfahrungen, die Schülerinnen und Schüler aus diesen Ländern oder deren Familienangehörige gemacht haben. Sind Lehrkräfte darauf vorbereitet?

Terkessidis: Solche Erfahrungen und Konflikte sind eigentlich im Unterricht nicht vorgesehen. Wenn ich Geschichte aber multiperspektivisch und postkolonial erzähle, dann erzähle ich sie per se als Konflikt. Und das Problem stellt sich ja immer mehr: Wie gehe ich denn jetzt mit dem Ukraine-Krieg um? Lehrkräfte brauchen nicht nur Flexibilität, was Zugänge und Sichtweisen betrifft, sondern auch Moderations-Skills. Das muss viel mehr in der Ausbildung vorkommen.

E&W: Sie verweisen auf blinde Flecken in der Erinnerungskultur. Was meinen Sie damit, etwa mit Blick auf Polen?

Terkessidis: Nach den polnischen Teilungen im späten 18. Jahrhundert gehörten Gebiete, die hauptsächlich polnischsprachig waren, über 120 Jahre zu Preußen oder dem Deutschen Reich. Warum nennen wir das nicht kolonial? Der deutsche Imperialismus war nicht nur auf Übersee konzentriert, sondern ab 1911 maßgeblich ein kontinentales Projekt in Richtung Osten und Südosten.

E&W: Wenn im Unterricht die gewaltsame Eroberung und Ausbeutung Südamerikas behandelt wird, ist zumeist von spanischen „Konquistadoren“ die Rede. Das reiche nicht, sagen Sie. Warum?

Terkessidis: Ich erinnere mich, wie bei uns im Unterricht positiv über die Kaufmannsfamilien der Fugger und

Welser aus Augsburg gesprochen wurde. Dass die Welser aber fast 30 Jahre als Kolonisatoren in Venezuela waren, ist praktisch überhaupt nicht bekannt. Sie haben dort gewaltsame Expeditionen unternommen, Menschen zu Sklaven gemacht. „Spanische Konquistadoren“ klingt, als hätten „wir“ damit nichts zu tun. Wenn wir heute über unsere Privilegien im Westen sprechen, dann können wir nicht so tun, als hätten die erzwungene Arbeit von damals, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder die Verschleppung von Menschen nicht zu diesen Privilegien beigetragen. All das hat die Entwicklung der mächtigen Nationen Europas ab dem späten 15. Jahrhundert erst ermöglicht. Kinder und Jugendliche wollen doch verstehen, warum die Welt so ist, wie sie heute ist.

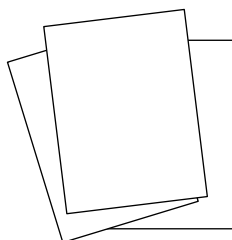
E&W: Erlauben die Lehrpläne der Bundesländer, all diese Themen angemessen zu behandeln?

Terkessidis: In fast allen Lehrplänen ist inzwischen davon die Rede, dass die europäische und globale Verflechtung von der Lebenswirklichkeit der Lernenden aus thematisiert werden soll. Bravo! Wenn es konkret wird, dann sieht es anders aus: Geschichte heißt griechische und römische Antike, christliches Mittelalter, Absolutismus, französische Revolution, deutsche Nation. Da gibt es noch einiges zu tun. ■

Mark Terkessidis: „Das postkoloniale Klassenzimmer“: gew.de/ew-6-22



UKRAINISCH FÜR ANFÄNGER



SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Unter den Hunderttausenden Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind, gibt es zahllose pädagogische Fachkräfte, die jetzt für das deutsche Bildungssystem wichtig sind. Entscheidend für eine Integration der Geflüchteten sind allerdings eine erleichterte Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse und Qualifikationen.

Viktoriiia Harbuz hat es erst mal geschafft. Am 14. März kam die Gymnasiallehrerin für Englisch und Deutsch mit ihrer 20-jährigen Tochter aus Kowel im eigenen Auto nach Leipzig. Es war nicht mehr auszuhalten, im Nordosten der Ukraine. Fünfmal am Tag Bombenalarm und Sirenen, der Flugplatz im nahen Lutsk bombardiert, das Gymnasium ein Zufluchtsort für Geflüchtete. Ihren Vater, ihren Mann und ihren erwachsenen Sohn musste sie in der Ukraine zurücklassen – wie alle Frauen. In Leipzig ist sie mit einem Lehrerkollegen befreundet. Im März hat er sie angerufen und gesagt: Komm her!

Dank einiger guter Tipps, Telefonate, Mails und Kontakte mit dem Schulamt ist die 48-jährige Pädagogin heute schon voll engagiert und integriert in Leipzig: Sie hat einen Honorarvertrag an der Universität für zwei Seminare: Ukrainisch für Anfänger und Ukrainisch für ehrenamtlich helfende Studierende, sechs Stunden pro Woche. Und sie unterrichtet an der freien Rahn-Schule mehrere aus der Ukraine geflüchtete Kinder der 5. und 6. Klasse in Deutsch und Englisch – zwölf Stunden in der Woche. Sie ist ausgestattet mit einem Laptop der Schule und kann mit dem beiden Einkommen die Wohnung bezahlen, in die sie gerade gezogen ist. Ihre Tochter kann weiter Medizin studieren, online an ihrer Universität in Dnipro.

**Gesucht werden vor allem Lehrkräfte
für Deutsch als Zweitsprache.**

Harbuz ist eine Frau, die sich rasch um ihre Dinge kümmert, sie hatte sicher ein wenig Glück, vor allem aber hatte sie die richtigen Papiere dabei: ihr Diplom mit Bestnoten, ihr B2-Deutschzertifikat vom Goethe-Institut und ein amtliches Büchlein mit ihren Arbeitsnachweisen seit 1995. Nur eine offizielle Übersetzung der Dokumente muss sie nun noch nachreichen. Und sie traf in Sachsen auf offene Ohren. Der Freistaat ist bundesweit ein Vorreiter für die unbürokratische Aufnahme



VIKTORIIA HARBUZ KAM MITTE MÄRZ NACH DEUTSCHLAND. DIE GYMNASIALLEHRERIN FÜR DEUTSCH UND ENGLISCH FAND ARBEIT AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG UND AN EINER SCHULE.

Foto: Sebastian Willnow

ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT || 06/2022 || HINTERGRUND: FOLGEN DES UKRAINE-KRIEGES

ukrainischer Lehrkräfte. Das Land schließt einfache Arbeitsverträge nach bürgerlichem Recht ab, ohne lange Überprüfungen und Hürden – und angelehnt an den Tarifvertrag. Wenn Unterlagen wie Abschluss- und Führungszeugnisse, Qualifizierungs- oder Impfnachweise fehlen, dürfen schriftliche Glaubhaftmachungen vorgelegt und Unterlagen nachgereicht werden. Auch das erforderliche Sprachniveau wurde von C1 auf B2 abgesenkt – die nötigen Deutschkenntnisse dürfen im Nachhinein erworben werden. „Voraussetzungen für diese sehr kurzfristige Einstellungspraxis“, betont

Ministeriumssprecher Dirk Reelfs, „waren die schnellen Einigungen mit dem Lehrerhauptpersonalrat.“

Bis Mitte Mai wurden auf diesem Weg in Sachsen bereits mehr als 270 pädagogische Fachkräfte mit ukrainischen Sprachkenntnissen angestellt, um den bis dahin rund 5.500 geflüchteten Kindern an den Schulen des Landes den Einstieg so einfach wie möglich zu machen. Gesucht werden vor allem Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache und Schulasistenten für die Integration in den Regelunterricht. Insgesamt sollen bis zu 400 Vollzeitstellen besetzt werden – und zwar bis zum Ende des Schul-

>>>

>>> jahres 2023. Eingestellt werden dabei auch Lehrkräfte, die beurlaubt oder altersbedingt aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, Absolventinnen und Absolventen von Lehramtsstudiengängen sowie andere Bewerberinnen und Bewerber mit pädagogischem Abschluss. Für Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule, ist Sachsen neben Hamburg und Berlin ein Beispiel dafür, wie es bei der Übernahme ukrainischer Lehrkräfte in den Schul- und Wissenschaftsbetrieb gehen kann. „Wir brauchen eine vereinfachte Anerkennung der Abschlüsse und Qualifikationen, denn wir brauchen die ukrainischen Kolleginnen und Kollegen in den Schulen jetzt“, sagt Bensinger-Stolze. Der ohnehin weit verbreitete Lehrkräftemangel werde durch die Aufnahme der geflüchteten Kinder noch verstärkt – und die Kollegien zusätzlich belastet. „In der aktuellen Situation sind die Verfahren zur Integration in den Schuldienst in den meisten Bundesländern zu bürokratisch und die Anforderungen an Deutsch-Zertifikate zu hoch“, sagt Bensinger-Stolze. Es sei auch wenig sinnvoll, jemanden mit 20 Jahren Berufserfahrung wegen des Fehlens eines Referendariats oder Vorbereitungsdienstes abzulehnen. Fehlende Qualifikationen wie ein zweites Fach oder nicht ausreichende Deutschkenntnisse könnten parallel zur Schultätigkeit nachgeholt werden. „Wir müssen von einer längeren Dauer des Krieges und einem längeren Aufenthalt der Geflüchteten in Deutschland ausgehen“, sagt das GEW-Vorstandsmitglied. Auch zielgruppengerechte Anpassungslehrgänge wie für Menschen aus den Staaten der Europäischen Union und ein Patensystem seien sinnvoll und wichtig. Außerdem müssten gleichwertig ausgebildete Lehrkräfte am Ende auch gleichwertig bezahlt werden. „Die neuen Kolleginnen und Kollegen“, sagt Bensinger-Stolze, „dürfen keine Lehrkräfte zweiter Klasse werden.“

Auch die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) rät zu einer schulbegleitenden Qualifizierung und zu Mentoring-Angeboten für ukrainische Fachkräfte: Sie sollten in Angebote zur Bewältigung psychischer Belastungen und in unterstützergänzende Bildungsangebote eingebunden werden. Eine Stellungnahme der SWK rät zu klaren Perspektiven für eine Lehrtätigkeit durch Programme, die die deutsche Sprache auf C2-Niveau und eine Nachqualifizierung auf Grundlage der KMK-Bildungsstandards umfassen. „Hier können die Modelle der Qualifizierung syrischer Lehrkräfte adaptiert werden“, heißt es in dem Papier.



*Viele Kolleginnen und Kollegen
in Erzieherberufen bringen
akademische Abschlüsse mit.
Wir dürfen sie nicht
als Hilfskräfte bezahlen.*



DOREEN SIEBERNIK,
GEW-VORSTANDSMITGLIED
JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT

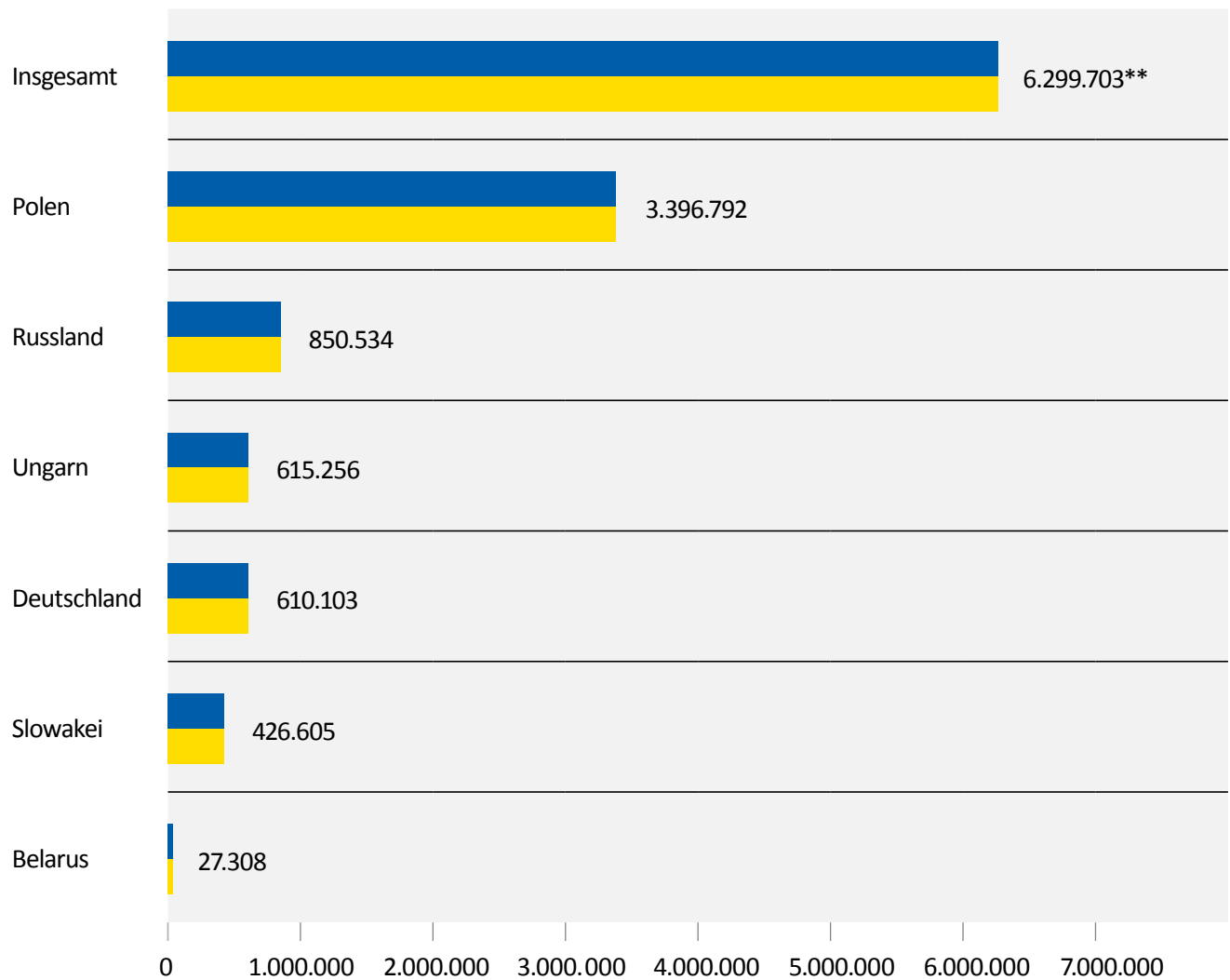
Vergleichbar ist die Lage auch an den Kitas. „Natürlich müssen Erzieherinnen und Erzieher aus der Ukraine in einer Kita Deutsch sprechen können, und einige von ihnen bringen ja gute Deutschkompetenzen mit“, sagt Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit. „Aber formelle Zertifikate können sie nachholen. Solche Hürden müssen schnell abgebaut werden.“ Viele Kolleginnen und Kollegen in Erzieherberufen aus der Ukraine würden sogar akademische Abschlüsse mitbringen. „Wir dürfen sie nicht als Hilfskräfte bezahlen.“

Eine bittere Lehre aus der Zeit der großen Fluchtbewegung von 2015 sei, dass dringend benötigte, gut ausgebildete Fachkräfte in Bereiche wie Gastronomie, Hotellerie und Logistik abwandern, weil die Einstiegshürden im Bildungssystem zu hoch und langwierig sind. „Das darf uns nicht noch einmal passieren“, sagt Siebernik. „Wir bauen darauf, dass das System aus Fehlern lernt und schnelle Anerkennungsverfahren für Menschen aus diesem Berufsfeld einführt – viele Einrichtungen haben immensen Personalbedarf.“

**An den Hochschulen läuft die Integration
nicht so reibungslos wie erhofft.**

An den Hochschulen ist die Ausgangslage indessen eine andere: Die Ukraine ist dem Bologna-Prozess zur internationalen Vergleichbarkeit von Studiengängen und Abschlüssen ebenso beigetreten wie der Lissabon-Konvention zur Anerkennung der Hochschulqualifikationen. Diese Schritte haben zur Internationalisierung ukrainischer Studierender beigetragen und müssten eigentlich eine schnelle Integration ermöglichen. „In der Praxis

SCHÄTZUNGEN ZUR ANZAHL DER MENSCHEN, DIE AUS DER UKRAINE GEFLÜCHTET SIND, INSGESAMT UND IN DEN NACHBARLÄNDERN VON FEBRUAR BIS MAI 2022.*



Quelle: Statista 2022, Grafik: zplusz

*Die Zahlen wurden vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) geschätzt (Stand: Mitte Mai, Deutschland: Anfang Mai).

**Inklusive Rumänien und Moldawien. Die beiden Länder werden in dieser Grafik nicht aufgeführt, da die Schätzungen des UNHCR auch die Grenzübergänge von Flüchtenden zwischen Rumänien und Moldawien berücksichtigen und somit die akkumulierte Zahl der Geflüchteten höher wäre als die tatsächliche Zahl der Geflüchteten.

läuft es aber nicht so reibungslos“, sagt Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung. „Die aktuelle Situation wird nun zur Bewährungsprobe für die Umsetzung der Beschlüsse.“ Da die Team- und Verkehrssprache in der Forschung häufig Englisch ist, dürften auch keine zu strengen Anforderungen an das deutsche Sprachniveau der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angelegt werden. Keller: „Wichtiger sind Willkommensangebote für die Integration und den Spracherwerb.“

Ebenso nötig sei ein Sonderprogramm des Bundes für Promovierende und Postdocs. „Wir brauchen einen Pool von Stellen, die die Hochschulen abrufen können“, sagt Keller. Zwar gebe es schon Unterstützungsangebote von Institutionen wie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Aber diese reichten nicht aus. „Die Wissenschaftslandschaft braucht unbürokratische Lösungen“, sagt Keller. „Die Hochschulen sind grundsätzlich gutwillig.“ Die Universität Leipzig hat dies bei Lehrerin Harbuz schon gezeigt. ■

VERTRAUTHEIT UND SCHUTZ BIETEN

JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine sind bis Mitte Mai in Deutschland angekommen. An zwei Berliner Schulen werden sie mit offenen Armen empfangen – und ganz unterschiedlich unterrichtet.

Die russische Invasion hatte gerade erst begonnen, als sich Eltern bei Judith Bauch meldeten: „Bei uns lebt eine ukrainische Familie, können die Kinder zu Ihnen kommen?“ Der Leiterin der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule stellte sich eine ihr und anderen Schulleiterinnen und Schulleitern wohl-bekanntes Frage: Wohin mit den Kindern? Platz war an der enorm beliebten Schule in Berlin-Prenzlauer Berg nur in einem Teilungsraum; bereits zuvor arbeitete hier eine kleine Willkommenslerngruppe. Seit März lernt dort zwei Stunden täglich eine weitere Gruppe, elf Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine zwischen neun und 16 Jahren. Eine ukrainischstämmige Lehrerin, die just aus dem Mutterschutz zurück war, hilft den Kindern und Jugendlichen, anzukommen und die deutsche Sprache zu erlernen – „ein absoluter Glücksfall“, sagt Bauch. In den weiteren Stunden lernen sie zusammen mit allen anderen Schülerinnen und Schülern in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen; Klassen gibt es an der Schule nicht. Die Mischform, betont die Schulleiterin, sei nicht der Raumnot geschuldet: „Wir wollen

Vielfalt leben“, erklärt sie, „dazu gehört der intensive Austausch.“

Die ersten, die im Februar kamen, sind schon wieder zurück in der Ukraine.

Am Willi-Graf-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde stand im Februar der Schülersprecher im Büro des Schulleiters und fragte: Was können wir tun? Hans Steinke stellte mit Lehrkräften, Schülerschaft, Sozialarbeit und Förderverein einen Arbeitskreis zusammen. So entstanden eine umfangreiche Spendenaktion und der Entschluss: Wir rücken zusammen; denn freie Räume gab es auch am Willi-Graf-Gymnasium nicht. Dort arbeitet jetzt eine Willkommensklasse nach einem ganz anderen Modell als im Prenzlauer Berg: Vormittags lernen die Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren mit einer – ebenfalls geflüchteten – Lehrkraft Deutsch. Nachmittags bereiten sie sich privat auf das ukrainische Abitur vor. Schulleiter Steinke: „Wir ermöglichen, was wir können. Denn wie sollen wir oder die Schülerinnen und Schüler wissen, wie ihr Leben weitergeht?“ Die ersten, die im Februar kamen, das hört man in Berlin immer wieder, sind schon wieder zurück in der Ukraine.

An den Willkommensklassen wird allerdings auch Kritik laut; unter anderen sprachen sich Ende März Experten der Kultusministerkonferenz (KMK) gegen dieses Modell an den Grundschulen aus. „Sprachenlernen ist für alle, die nicht sehr jung sind, ein kognitiver Vorgang“, erklärt dagegen Maja Lasić, „es braucht Zeit, Anleitung, Unterricht.“ Lasić, die jüngst ihre Rolle als bildungspolitische Sprecherin der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus gegen die einer Sekundarschullehrerin eintauschte, ist aus Erfahrung firm: Als 14-Jährige floh sie 1992 vor dem Bosnien-Krieg aus Mostar nach Bonn. Das Lernen mit



Mit jedem Jahr werden sich mehr Menschen aus der Ukraine fragen, ob ihre Zukunft doch eher in Deutschland liegt.



MAJA LASIĆ,
LEHRERIN UND SPD-POLITIKERIN

Gleichaltrigen in einer ähnlichen Lage habe Vertrautheit und einen Schutzraum geboten, erzählt sie: „Der Wechsel in die Regelklasse hat es später ohnehin in sich.“ Zudem illustrieren die Beispiele, vor welcher Quadratur des Kreises die Schulen stehen, die bundesweit bis Anfang Mai mehr als 90.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine aufgenommen hatten: Denn auch laut den Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK sollen sie im Grunde alles zugleich fördern: den „Erwerb der Bildungssprache Deutsch und die

baldige Integration in den Fachunterricht“ ebenso wie die „Ermöglichung der Beschulung und von Prüfungen auf der Grundlage der ukrainischen Curricula“ für jene, die in ihrem Heimatland kurz vor dem Schulabschluss standen. Die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka forderte bei einem Besuch der KMK im März sogar, die Schülerinnen und Schüler in Deutschland generell nach ukrainischen Lehrplänen zu unterrichten. Das rief bei Lasić deutlichen Protest hervor: Bei allem Verständnis dafür, den Kontakt zur Ukraine nicht verlieren zu wollen, forderte sie deutsche Bildungspolitikern zu Realismus auf. „Mit jedem Jahr werden sich mehr Menschen fragen, ob ihre Zukunft doch eher in Deutschland liegt“, erklärte Lasić. Sie erinnerte ein weiteres Mal an die 1990er-Jahre: Auch Hunderttausende bosnische Flüchtlinge hätten zunächst die baldige Rückkehr im Blick gehabt: „Doch als sich die Lage beruhigte, war viel geschehen; drei, vier Jahre können die Perspektive völlig verändern“, so die Lehrerin. Und: „Aus meiner Bonner Klasse lebt heute höchstens jeder Zweite wieder in Bosnien.“ ■

Infos und Material zum Thema unter: gew.de/ew-6-22

„MAN MUSS IM GESPRÄCH BLEIBEN“



Foto: Jana Dümhaupt



*Kriege treiben die Polarisierung in Gesellschaften voran.
Es wird zum Beispiel sehr viel schwieriger, Kritik zu üben.*



PROF. ALEXANDER SPENCER,
UNIVERSITÄT MAGDEBURG


INTERVIEW: JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Seit mehr als 50 Jahren arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf dem Gebiet der Friedensforschung. Welche nichtmilitärischen Lösungen sehen sie für den aktuellen Krieg in der Ukraine und die pädagogische Bearbeitung des Themas in Kita und Schule? Fragen an Prof. Alexander Spencer von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

E&W: Herr Professor Spencer, Sie leiten an der Uni Magdeburg den internationalen Masterstudiengang „Peace and Conflict Studies“. Die Gefahr, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine eskaliert, ist groß. Sie beraten als Friedensforscher auch die Politik. Welchen Rat würden Sie der Bundesregierung in der aktuellen Situation geben?

Prof. Alexander Spencer: Das ist nicht einfach zu beantworten, da wir über keine vollständigen Informationen über die Lage in der Ukraine und in Russland verfügen. Um die Eskalation eines Konflikts zu vermeiden, muss man ergründen, was die angreifende Seite – in diesem Fall Russland bzw. dessen Präsident Wladimir Putin – antreibt. Putin geht es meines Erachtens vor allem darum, seine Macht im Land zu erhalten. Deshalb wird er keine Lösung akzeptieren, die eine Niederlage für ihn



RUSSLANDS REGIERUNG SIEHT DEN KRIEG GEGEN DIE UKRAINE ALS KULTURKAMPF. KONFLIKTE AUF DER BASIS UNTERSCHIEDLICH WAHRGENOMMENER IDENTITÄTEN SIND ABER KAUM ZU LÖSEN.

bedeutet. Man muss Putin also eine Lösung offerieren, die die Möglichkeit bietet, aus der Eskalationsspirale herauszukommen. Das kann man aber nur erreichen, wenn man mit ihm im Gespräch bleibt.

E&W: Wie jeder Krieg wirkt sich auch dieser auf die öffentliche Debatte aus. Wie hat sich nach Ihren Beobachtungen die Art und Weise des Sprechens über Krieg in Deutschland seit Beginn des Krieges verändert?

Spencer: Kriege treiben die Polarisierung in Gesellschaften voran. Bestimmte Worte und Metaphern werden in solch einer Situation erst möglich. Gleichzeitig wird Sprache durch den Krieg limitiert. Es wird zum Beispiel sehr viel schwieriger, Kritik zu üben. Die Politikwissenschaft spricht hierbei von dem sogenannten Rally 'round the flag-Effekt, im Deutschen auch als die „Stunde der Exekutive“ bekannt. Das heißt, die sehr große Mehrheit der Bevölkerung stellt sich vorbehaltlos auf die Seite der Regierung. Es entsteht eine „Wir-gegen-die-Anderen“-Haltung; wer aussichert, wird zum Beispiel mit dem Begriff „Putinverstehler“ diffamiert.

E&W: Diese Polarisierung wirkt bis ins Private hinein. Das macht es für Bildungseinrichtungen schwierig. Viele Kinder, die aus der Ukraine geflüchtet sind, gehen mittlerweile in Deutschland in die Kita oder in die Schule – teilweise zusammen mit russischen Kindern. Viele sind traumatisiert. Wie sollen Erzieherinnen und Lehrkräfte darauf reagieren?

Spencer: Das hängt vom Alter der Kinder ab. Bei Schulkindern würde ich raten, Konflikte immer offen anzusprechen.

E&W: Das wird oft schwierig sein, wenn Kinder etwa durch das Elternhaus aufgehetzt werden.

Spencer: Ja, das stimmt. Aber eine Möglichkeit, um Misstrauen und Feindschaft abzubauen, gibt es immer. Man muss etwas finden, was alle Kinder miteinander verbind-

et, was ihnen deutlich macht, dass die Feindschaft nicht naturgegeben ist. Das kann im Sport sein, das können gemeinsame Spiele oder künstlerische Aktivitäten sein.

E&W: Das klingt banal.

Spencer: Durch solche banal erscheinenden Aktivitäten wie das gemeinsame Malen eines Bildes werden Kommunikation, Kooperation und Kompromiss erst möglich; man muss sich zum Beispiel darauf einigen, welche Farben und Stifte man verwendet. Es ist ein erster kleiner Schritt, Vertrauen für weitere Kooperation zu schaffen. Das ist natürlich ein sehr langwieriger und schwieriger Prozess.

E&W: Sie raten davon ab, den Krieg im Unterricht konkret zum Thema zu machen?

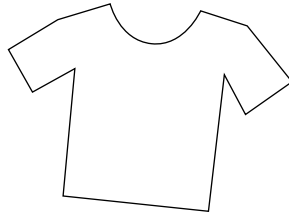
Spencer: Bei den jüngeren Kindern auf jeden Fall. Aber auch bei den älteren sollte es vor allem darum gehen, Wege zu finden, wie miteinander kommuniziert und kooperiert werden kann. Das vermitteln wir auch in unseren Seminaren. Die Zusammenarbeit bei nichtpolitischen Themen kann der erste Schritt in Richtung Frieden sein.

E&W: Im Krieg Russlands gegen die Ukraine geht es allem Anschein nach nicht primär um Ressourcen, ökonomische oder geopolitische Konfliktpunkte, sondern um Identitäten. Putin und andere Angehörige der russischen Regierung haben mehrfach von einem Kulturkampf gegen den Westen gesprochen.

Spencer: Konflikte auf der Basis unterschiedlich wahrgenommener Identitäten sind kaum zu lösen. Das gilt vor allem dann, wenn der Konflikt selbst Teil der Identität wird. Wir haben das im Bürgerkrieg in Nordirland gesehen, und wir sehen das auch im Nahost-Konflikt. Solche Auseinandersetzungen werden durch eine massive Ablehnung des jeweils anderen am Leben gehalten. Die Gefahr besteht auch für den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Das erschwert die Kommunikation natürlich enorm. ■

Gratis-Lehrvideos der Reporterfabrik für Schulen: gew.de/ew-6-22

DIE GLAUBWÜRDIGKEIT IST WEG



MARTINA HAHN
freie Journalistin

Die Kampagne für Saubere Kleidung kämpft für faire Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textilindustrie. Die GEW war von Beginn an als Mitglied dabei. Nun hat die Kampagne das deutsche Textilbündnis aus Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen (NGO) verlassen.

Gegründet wurde das Textilbündnis 2014, ein Jahr nach dem Unglück von Rana Plaza. 1.138 Menschen starben damals und mehr als 2.000 wurden verletzt, weil die Textilfabrik in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka wegen Baumängeln eingestürzt war, Fluchtwege waren versperrt. Auch Benetton, KiK, Primark und andere Marken ließen dort Shirts oder Jeans nähen. Ihr Tenor: Man trage keine Mitschuld an den Zuständen in den Textilfabriken in Fernost.

Auf solche Ausreden der Modebranche hatte Deutschlands damaliger Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) keine Lust mehr. Die Textilbranche müsse endlich

Verantwortung in ihren globalen Lieferketten übernehmen „und sich auf einheitliche Sozial- und Umweltstandards verpflichten“, verlangte er. Diese Standards sollten die Modeindustrie mit der Kampagne für Saubere Kleidung – kurz CCC –, Gewerkschaften und Politik in einem Textilbündnis festlegen. In diesem sitzen bis heute Textilhändler wie C&A, H&M, KiK, Esprit und Primark, aber auch Lebensmittelkonzerne wie Aldi und Lidl sowie die Spitzenverbände von Handel und Textilindustrie.

Die GEW trägt den Austritt aus dem Textilbündnis mit.

Jetzt ist die CCC aus dem Textilbündnis ausgetreten. Der Grund: „Es hat sich für die Textilarbeiterinnen und -arbeiter nichts bewegt – nicht an den Produktionsbedingungen und schon gar nicht an den Löhnen“, sagt Bettina Musiolek, Co-Koordinatorin für Osteuropa bei der CCC. „In beiden Punkten verweigert sich der Großteil der Mitgliedsunternehmen jeglichem Engagement.“

Die CCC forderte zudem vergeblich, dass auch die Einkaufspraxis der Unternehmen mit einbezogen werde: Wer sich bereit erklärt, die Arbeitnehmerrechte zu stärken, dürfe nicht gleichzeitig Lieferanten und deren Subunternehmer unter Druck setzen, was Lieferfristen und Preise angeht. Doch Teile der Branche setzen „auf einen Mindeststandard, der machbar und bezahlbar ist“ – und der freiwillig bleibe, verlangt etwa der Gesamtverband textil+mode.



MEHR ALS 1.000 MENSCHEN STARBEN
2013 BEIM EINSTURZ DER TEXTILFABRIK
RANA PLAZA IN BANGLADESCH.

Foto: IMAGO/ZUMA Press

Die GEW trägt den Austritt mit: „Den für uns wichtigen Zielen des Bündnisses sind wir nicht wesentlich nähergekommen“, kritisiert Bruni Römer. Sie sitzt für die GEW im Vorstand der Kampagne für Saubere Kleidung. „Das Prinzip der Freiwilligkeit wurde von zu großen Teilen der Unternehmer dazu missbraucht, sich vor den eingegangenen Verpflichtungen weitgehend zu drücken und die Bündnisregeln aufzuweichen.“

Beim Thema Lohn gab es in den zurückliegenden zwei Jahren sogar Rückschritte: „Für viele Beschäftigte ging es nicht mehr um höhere Löhne, sondern darum, ob sie überhaupt einen Lohn bekommen“, sagt Vivien Tauchmann von der Kampagne #payyourworkers. Etliche Modeunternehmen, darunter auch Bündnis-Mitglieder wie H&M, Primark oder Adidas, hätten mit Ausbruch der Corona-Pandemie angesichts anstehender Umsatzeinbrüche die zuvor erteilten Aufträge storniert, bereits produzierte Ware nicht bezahlt und Verträge mit Fabriken gekündigt.

„Hunderttausende Textilarbeiterinnen und -arbeiter haben weder ausstehende Löhne noch Abfindungen bekommen“, sagt Tauchmann. Sie hatten von einem Tag auf den anderen kein Geld mehr für Essen oder Miete.

„Zwar betonen die Handelsmarken im Textilbündnis immer, dass sie etwas ändern wollen – doch in der Pandemie zeigte sich offen, dass sie es nicht ernst meinen.“ Die Glaubwürdigkeit der Modemarken, sagt Tauchmann, „ist jetzt weg“.

Sie sowie ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter der CCC hoffen nun auf das Europäische Lieferkettengesetz. Bis Herbst soll es verabschiedet werden. „Dann wären unsere gezielten Kampagnen durch Gesetze gedeckt, und wir könnten auf Marken und Textilunternehmen stärker Druck machen“, sagt GEW-Vertreterin Römer. Vorausgesetzt, die Lobby der Modeindustrie und konservative Wirtschaftsverbände verwässern das Gesetz in Brüssel nicht. ■

Weiterführende Infos unter: gew.de/ew-6-22

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins
*****effektiver Jahreszins
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite
 sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

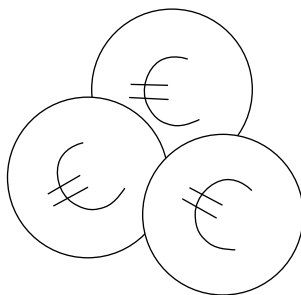
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lzf. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: (0621) 178180-0
 info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de



Foto: Foto: Peter Blase-Geiger

MEHR ALS 1.000 BESCHÄFTIGTE SIND MITTE MAI DEM WARNSTREIKAUFRUF DER GEW NACH KIRCHHEIMBOLANDEN (RHEINLAND-PFALZ) GEFOLGT.

MEHR GELD – MEHR ZEIT



GEW-ARBEITSBEREICHE TARIF- UND BEAMTENPOLITIK SOWIE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich geeinigt. Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst gibt es Zulagen zum Gehalt und feste sowie wählbare Entlastungstage.

Nach hartem Ringen und drei zähen Verhandlungsrunden haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf einen Tarifabschluss für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) geeinigt. Kern der Einigung ist eine langfristige finanzielle Aufwertung durch verkürzte Stufenlaufzeiten für alle und monatliche

Zulagen für die meisten Beschäftigten. Zudem ist den Gewerkschaften der Einstieg in die Entlastung durch zusätzliche freie Tage gelungen.

„Das haben die Beschäftigten mit ihren eindrucksvollen Streiks geschafft! Sie haben die Blockade der kommunalen Arbeitgeber durchbrochen. Monatliche Zulagen und kürzere Stufenlaufzeiten bringen finanzielle Aufwertung. Freie Tage sorgen für zeitliche Entlastung“, bewertete GEW-Tarifexperte Daniel Merbitz das Ergebnis der Verhandlungen. Die Gewerkschaften haben mit dem Tarifabschluss nach 2009 und 2015 weitere wichtige Schritte zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe erreicht. Für die DGB-Gewerkschaften führte ver.di die Verhandlungen. Der Abschluss wirkt unmittelbar für alle Beschäftigten, für die der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) mit der Gehaltstabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst (S-Tabelle) gilt. Zusätzlich zu der Entlastung spielt im Verhandlungsergebnis auch die Aufwertung der SuE-Berufe eine zentrale Rolle. So bekommen die Beschäftigten in Erziehungsberufen wie Erzieherinnen und Erzieher sowie Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger und in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung Beschäftigte, die in den Entgeltgruppen S 2 bis S 11a eingruppiert sind, ab dem 1. Juli 2022 eine Zulage von monatlich 130 Euro. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in den Entgeltgruppen S 11b bis S 12 sowie S 14 und S 15 (Fallgruppe 6) erhalten 180 Euro monatliche Zulage.

Wichtige Forderung wird endlich erfüllt.

Eine wichtige Forderung vieler GEW-Mitglieder wurde zudem erfüllt: Künftig rücken die Beschäftigten schneller in höhere Entgeltstufen auf. Die Stufenlaufzeiten der SuE-Berufe in der S-Tabelle werden ab Oktober 2024 den teilweise kürzeren Laufzeiten im TVöD angeglichen, konkret: Sie werden kürzer. Daneben wurden für verschiedene Tätigkeiten Merkmale ergänzt, die zu einer höheren Eingruppierung führen können, zum Beispiel für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger und Sozialassistentinnen und Sozialassistenten. Zudem erhalten erstmals die Auszubildenden der Heilerziehungspflege eine tarifliche Ausbildungsvergütung. Merbitz nahm mit Blick auf die Entlastungstage die Arbeitgeber in die Pflicht, die Bekämpfung des Fachkräftemangels nun entschlossen in Angriff zu nehmen: „Die zusätzlichen Entlastungstage dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Ohne mehr Personal geht es nicht! Die Arbeitgeber müssen umgehend ein Konzept zur Personalgewinnung entwickeln.“ Auch die Ost-Regelung zur Vorbereitungszeit sieht er kritisch. Eine separate Regelung passe nach über 30 Jahren Einheit nicht in die Zeit – zumal sie nur den gesetzlichen Status quo festschreibe und die Kolleginnen und Kollegen im Osten damit weiter benachteilige, so der GEW-Tarifchef.

gels nun entschlossen in Angriff zu nehmen: „Die zusätzlichen Entlastungstage dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Ohne mehr Personal geht es nicht! Die Arbeitgeber müssen umgehend ein Konzept zur Personalgewinnung entwickeln.“ Auch die Ost-Regelung zur Vorbereitungszeit sieht er kritisch. Eine separate Regelung passe nach über 30 Jahren Einheit nicht in die Zeit – zumal sie nur den gesetzlichen Status quo festschreibe und die Kolleginnen und Kollegen im Osten damit weiter benachteilige, so der GEW-Tarifchef.

Nächste Tarifrunde bereits im Januar 2023

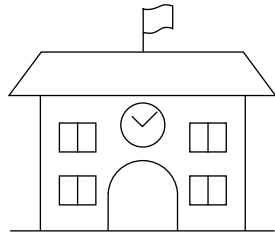
Die SuE-Tarifverhandlungen lagen außerhalb der regelmäßig etwa alle zwei Jahre stattfindenden Tarifrunden für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Sie galten nur für Beschäftigte, die in der Tabelle des Sozial- und Erziehungsdienstes eingruppiert sind – in die sogenannte S-Tabelle im TVöD. Dabei ging es um die Struktur dieser Gehaltstabelle und nicht um eine der regelmäßigen Gehaltsrunden. Die Einigung hat eine Laufzeit von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2026. Im Januar 2023 stehen schon die nächsten Tarifverhandlungen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vor der Tür – und damit die nächste Gelegenheit, gemeinsam für mehr Gehalt zu kämpfen. ■

Fragen und Antworten zum Tarifabschluss 2022 TVöD: gew.de/ew-6-22

Der Abschluss im Überblick

- Rückwirkend zum 1. Januar 2022: Einstieg in die Entlastung erreicht: 2+2 Erholungstage pro Jahr für alle Beschäftigten (zwei zusätzliche freie Tage und zwei Tage pro Jahr, für die ein Teil der monatlichen Zulage umgewandelt werden kann);
- Ab 1. Juli 2022: 130 Euro Zulage monatlich für Erziehungsberufe (Gehaltsgruppen S 2 bis S 11a);
- Ab 1. Juli 2022: 180 Euro für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und andere (Gehaltsgruppen S 11b bis S 12 sowie S 14 und S 15, Fallgruppe 6);
- Berufserfahrung lohnt sich nun schneller: Verkürzung der Stufenlaufzeiten ab 1. Oktober 2024.

SCHULEN ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN



FÜR 97 PROZENT DER SCHULLEITUNGEN IST
EINE ZENTRALE AUFGABE DER SCHULE,
FÜR CHANCENGLEICHHEIT ZU SORGEN.

ANJA BENSINGER-STOLZE
GEW-Vorstandsmitglied Schule

Schulleitungen haben zu wenig Zeit für ihre wichtigste Aufgabe: die Schulentwicklung. Sie müssen entlastet werden. Das zeigt eine neue Studie.

In den vergangenen zwei Jahren mussten die Schulen eine Menge leisten: Organisation des Distanz- und Präsenzunterrichts, immer wieder neue Hygieneregeln und Unterrichtssettings umsetzen, die digitale Infrastruktur auf den neuesten Stand bringen, Schülerinnen und Schüler sozial nicht alleine lassen, Ad-hoc-Konzepte für einen digital gestützten Unterricht anwenden, Eltern die neueste Teststrategie erläutern – die Liste ließe sich noch weiterführen. Die Organisation lag in erster Linie bei den Schulleitungen. Schon vor der Pandemie waren deren Aufgaben und Verantwortung überbordend groß. Dabei sind die administrativen Aufgaben enorm gestiegen. In der vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) herausgegebenen Schulleitungsstudie „Schule zukunftsfähig machen“ wird der administrative Anteil der Leitungsaufgaben besonders deutlich: 67 Prozent der Schulleitungen nennen die digitale Ausstattung, 62 Prozent bauliche Themen, 58 Prozent die Digitalisierung des Unterrichts und 54 Prozent Personalgewinnung als die Bereiche, die sie am stärksten beschäftigen. Schulleitungen machen deutlich, dass zu wenig Zeit bleibt, die Schul- und Unterrichtsentwicklung systematisch weiter voranzutreiben. Sie müssen von administrativen Aufgaben entlastet werden. Die GEW schlägt deshalb eine professionelle IT-Unterstützung für die Schulen vor. Genauso entscheidend ist eine gute personelle Ausstattung der Schulbüros. Ausreichende professionelle Unterstützung bei der Schulverwaltung entlastet Schulleitungen. Diese können sich dann den Fragen widmen, die Schule zukunftsfähig machen.

Interessegeleitetes und individualisiertes Lernen sollte in der Schule im Vordergrund stehen.

Welche Themen und Ziele für die Schulleitungen wichtig sind, wird ebenfalls sehr deutlich: Für 97 Prozent ist die Herstellung von Chancengleichheit eine zentrale Aufgabe

der Schule, vier von fünf Schulleitungen sehen es als notwendig an, mehr Aufmerksamkeit auf die Verbesserung des Lernerfolgs der Schülerinnen und Schüler zu legen, 88 Prozent sind der Meinung, dass Demokratie als Unterrichtsthema mehr Gewicht erhalten solle. Diese Stoßrichtung ist absolut richtig! Immer noch ist der Bildungserfolg in Deutschland sehr stark von der Herkunft, vom Elternhaus abhängig. Wenn Schule die soziale Ungleichheit verringern soll, ist die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen ein wesentlicher Baustein. Angesichts der Zunahme rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Tendenzen in der Gesellschaft sowie der Verbreitung von Verschwörungserzählungen ist eine stärkere Schwerpunktsetzung auf Demokratieerziehung und Politikunterricht in der Schule dringend notwendig. Ausgesprochen spannend sind die Ergebnisse der Studie mit Blick auf die konkreten Umsetzungs- und Änderungsvorschläge der Schulleitungen: Es müsse „anders“ gelernt werden. Nicht der Fächerkanon, sondern interessegeleitetes und individualisiertes Lernen solle im Vordergrund stehen, sagen 82 Prozent der Schulleitungen. Themen, die einen Alltags- und Lebensbezug haben, müssten berücksichtigt werden. Das geht nach Ansicht von 51 Prozent der Schulleitungen am besten im projektorientierten Unterricht. 82 Prozent halten gebundene Ganztagschulen für das richtige Instrument, das heißt Schule soll Lebensraum werden; Vereinssport, kulturelle und Angebote von Naturschutzvereinen etwa werden eingebunden. Außerschulische Lernorte sollten zur Selbstverständlichkeit werden. Unterschiedliche Professionen – beispielsweise Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und -pädagogen oder Psychologinnen und Psychologen – bringen neue Ideen mit und sind für zwei von drei Schulleitungen ein wesentlicher Baustein, um die Schulentwicklung voranzubringen. Für manche mag diese klare Haltung der Schulleitungen, alte Zöpfe abzuschneiden und Neues zu probieren, überraschend sein. Überraschen müsste jedoch sehr viel mehr, dass die politisch Verantwortlichen den Fachleuten vor Ort kein Gehör schenken und nicht den richtigen Rahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Schulen schaffen. Als Bildungsgewerkschaft begrüßen wir das Interesse der Schulleitungen an diesen Reformbestrebungen. Um die Ziele zu erreichen, benötigen die Schulen einen zukunftsorientierten Rahmen sowie mehr Verantwortung und Zeit. Richtschnur muss dabei die inklusive Schule sein, die allen Schülerinnen und Schülern ein optimales Lernumfeld bietet. ■

DIGITALISIERUNG VERSTÄRKT SOZIALE SPALTUNG

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Eine neue Studie der GEW zur Umsetzung des Digitalpakts zeigt: Der Digitalisierungsschub während der Corona-Pandemie hat die soziale Spaltung an Schulen teils verstärkt. Dringend erforderlich ist eine bedarfsgerechtere Förderung.

Der durch die Corona-Pandemie ausgelöste Digitalisierungsschub an Schulen hat Bildungsungerechtigkeiten laut einer neuen Studie der GEW teilweise verstärkt. Dafür gibt es viele Gründe, von der Verteilung der Gelder bis zum Fachkräftemangel, wie aus der Studie „Die Umsetzung des Digitalpakts 2022. Perspektiven der schulischen Praxis mit Blick auf zentrale Steuerungsfragen und Herausforderungen“ hervorgeht. Die Bildungsgewerkschaft fordert daher, beim „Digitalpakt 2.0“ um- und nachzusteuern.



DIE MITTEL AUS DEM DIGITALPAKT MÜSSTEN SOZIAL GERECHTER VERTEILT WERDEN, FORDERT GEW-SCHULEXPERTIN ANJA BENSINGER-STOLZE.

„Die Bildung der Kinder darf weder von der Finanzlage einzelner Kommunen noch von einer zufälligen Digitalisierungsaffinität einzelner Lehrkräfte abhängig sein“, sagt Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule. „Wenn die Mittel aus dem Digitalpakt 2.0 verteilt werden, müssen diese insbesondere an die bisher benachteiligten Schulen fließen. Ungleiches muss ungleich behandelt werden.“ Die GEW fordert seit langem, die Gelder in den Ländern nach Sozialindex an die Schulen zu verteilen.

Monitoring und Personal fehlen.

Die Gewerkschaft kritisiert zudem, dass bisher weder das Bundesbildungsministerium noch die Landesregierungen wie angekündigt ein transparentes Monitoring zum Digitalpakt veröffentlicht hätten. „Ohne eine gute und transparente Datenlage ist es schwierig, Mittel gerechter zu verteilen“, betont Bensinger-Stolze.

Erschwerend kommt die Lage auf dem Arbeitsmarkt hinzu: „Der Fachkräftemangel in den Bereichen Pädagogik, IT und Verwaltung ist das größte Problem des schulischen Digitalisierungsprozesses“, erklärt die GEW-Schulexpertin. Lehrkräfte brauchen professionelle Support- und Wartungsstrukturen.

Neben einem Monitoring, der Entwicklung von IT-Supportstrukturen vor Ort sowie einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für mehr Fachkräfte plädiert die GEW für eine Stärkung der digitalen Schulentwicklungsprozesse, eine Förderung finanzschwacher Kommunen und eine Evaluation des Digitalpakts.

Die Bildungsgewerkschaft mahnt für den Digitalpakt 2.0 als Beitrag für mehr Chancengleichheit bei Bund und Ländern an:

- Transparentes Monitoring, das auch soziale Indikatoren berücksichtigt,
- Stärkung der digitalen Schulentwicklungsprozesse durch mehr zeitliche, finanzielle und fachliche Ressourcen,
- Entwicklung von IT-Support- und Wartungsstrukturen vor Ort,
- Erhöhung und Verbesserung der Ausbildungskapazitäten, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen,
- Gezielte Förderung finanzschwacher Kommunen,
- (Zwischen-)Evaluation des Digitalpakts. ■

Hintergrund

Die Studie von Prof. Michael Wrase von der Universität Hildesheim und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung untersuchte, wie der Digitalpakt Schule beim Bund, in den Ländern, von den kommunalen Schulträgern und in den Einzelschulen umgesetzt wurde. Grundlage waren 21 leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Experten aus der schulischen Praxis und von kommunalen Schulträgern. Die Untersuchung bezog allgemeinbildende öffentliche Schulen in Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen ein.

N. E.

Der Digitalpakt Schule

Mit dem Basispaket Digitalpakt Schule stellt der Bund innerhalb der Jahre 2019 bis 2024 fünf Milliarden Euro für den Auf- und Ausbau einer digitalen Infrastruktur an Schulen bundesweit zur Verfügung. Schulträger bzw. Länder müssen einen Eigenanteil von 10 Prozent erbringen, um die Fördermittel zu erhalten. Somit können 5,5 Milliarden Euro eingesetzt werden.

Mittlerweile gibt es drei zusätzliche Programme: „Sofortausstattungsprogramm“, „Administration“ und „Leihgeräte für Lehrkräfte“ mit einem ergänzenden Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro.

Förderfähig ist die schulische Basisinfrastruktur, dazu gehören die digitale Vernetzung, Serverlösungen, WLAN, digitale Lehr-Lern-Infrastrukturen sowie Anzeige- und Interaktionsgeräte wie Smartboards, Displays und Steuerungsgeräte. Der Aufbau eines leistungsfähigen Breitbandanschlusses der Schulen ist über den Digitalpakt nicht förderfähig.

Unterdessen gehen die Bewilligung von Fördermaßnahmen und der Mittelabfluss aus dem Basispaket langsamer voran, als dies von Bund und Ländern vorgesehen war. Nur die Mittel für Endgeräte aus dem „Sofortausstattungsprogramm“ flossen in fast allen Bundesländern fast vollständig ab.

N. E.



DER KRIEG IN DER UKRAINE
BESCHÄFTIGTE AUCH
DIE DELEGIERTEN DES
DGB-BUNDESKONGRESSES.

Foto: Gordon Welters

IM ZEICHEN DER TRANSFORMATION

ULF RÖDDE

Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Die globale, digitale und sozial-ökologische Transformation, die die gesamte Gesellschaft erfasst, war Tophthema des 22. DGB-Bundeskongresses „Zukunft gestalten wir“. Die 400 Delegierten des „Parlaments der Arbeit“ beleuchteten die unterschiedlichen Facetten dieses Prozesses und verabschiedeten den Leitantrag zum Thema.

In dem Beschluss wird festgestellt, dass sich die Gesellschaft in einer allumfassenden Transformation der Wirtschafts-, Arbeits- und Lebenswelt befinde. Damit

stünden auch die Gewerkschaften vor großen Herausforderungen. Diese betonten ihren Steuerungs- und Gestaltungswillen, damit die Transformation für alle Menschen demokratisch, sozial gerecht, klimafreundlich und mit Blick auf die globalen Folgen umgesetzt werde. Dafür brauche es einen Aufbruch, der die Wirtschaft demokratischer, die Gesellschaft widerstandsfähiger und das Leben nachhaltiger, freier, sicherer und menschlicher mache, betonte die neue DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Einen solchen Aufbruch könne es nur mit einer starken Gewerkschaftsbewegung geben.

Die Delegierten beschlossen einen umfangreichen, eigenständigen bildungspolitischen Antrag, der deutlich die Handschrift der GEW trägt. In dem Papier werden alle Bildungsbereiche – von der Kita über die Schule bis zur Hochschule sowie der Aus- und Weiterbildung – durchdekliniert. Leitmotiv des Papiers ist das Thema Chancengleichheit. Unterfinanzierung und Fachkräftemangel spielen eine zentrale Rolle, ebenso wie die Auswirkungen der Transformation, die auch zu Veränderungen im Bildungsbereich führt.



*Gute Bildung darf nicht
von der Postleitzahl abhängen.*



MAIKE FINNERN,
GEW-VORSITZENDE

GEW-Vorsitzende Maike Finnern stellte den Antrag vor. Sie machte deutlich, dass es eines „gemeinsamen nationalen Kraftaktes“, einer „Bildungsoffensive“ bedürfe, um die Lage im Bildungssystem nachhaltig zu verbessern. Die Corona-Pandemie und der teils dramatische Fachkräftemangel hätten die Situation noch einmal verschärft. Finnern stellte fest, dass es bei weitem nicht reiche, die Mittel im Bildungsbereich aufzustocken – sie müssten auch anders verteilt werden: „Ungleiches muss endlich ungleich behandelt werden!“ Es sollen mehr und zusätzliche Gelder dahin fließen, wo sie – wie in benachteiligten Stadtteilen – am meisten benötigt werden. „Gute Bildung darf nicht von der Postleitzahl abhängen“, betonte die GEW-Vorsitzende. Sie machte sich noch einmal für ein 100-Milliarden-Euro-Sofortprogramm stark. Dieses sei unbedingt notwendig, um allein den Sanierungstau in den Bildungseinrichtungen in Deutschland aufzulösen. Doch dieses Geld muss ja irgendwo herkommen. Auch zu dieser Frage positionierten sich die Delegierten. Die Gewerkschaften haben ein Steuerkonzept entwickelt, das die wirtschaftlich Starken mehr in ihre gesellschaftliche Pflicht nimmt und zusätzliche Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe schaffen würde. Auch die Wiederbelebung der Vermögensteuer und eine Finanztransaktionssteuer stehen auf der DGB-Agenda. Zudem setzen sich die Gewerkschaften für die Abschaffung der Schuldenbremse ein. Sie wollen außerdem prüfen, wie eine „Lastenausgleichsabgabe“, also eine Vermögensabgabe für die Allerreichsten, in der besonderen Situation der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges eingeführt werden kann. Es könne nicht sein, dass die Masse der Menschen die Investitionen in Schulen, Polizei oder öffentlichen Dienst bezahle und die „Reichsten ihr Vermögen in der Corona-Krise verdoppelt haben. Die müssen besteuert werden“, begründete Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin, den GEW-Vorstoß für eine Vermögensabgabe. ■

Alle Infos zum DGB-Bundeskongress finden Sie unter: dgb.de

www.schulorganisation.com

Fachverlag

Lehrerkalender

ErzieherInnenkalender

Beobachtungen und Dokumentation

Elterngespräche

Förderpläne

Schülerverhalten

u. v. m.

Für Lehrkräfte
und alle anderen
pädagogischen Fachkräfte,
für Schulen, für Kinder-
tageseinrichtungen
und die Erzieherinnen und
Erzieher zur Eigenorganisation
und zur Unterstützung der
täglichen Arbeit.

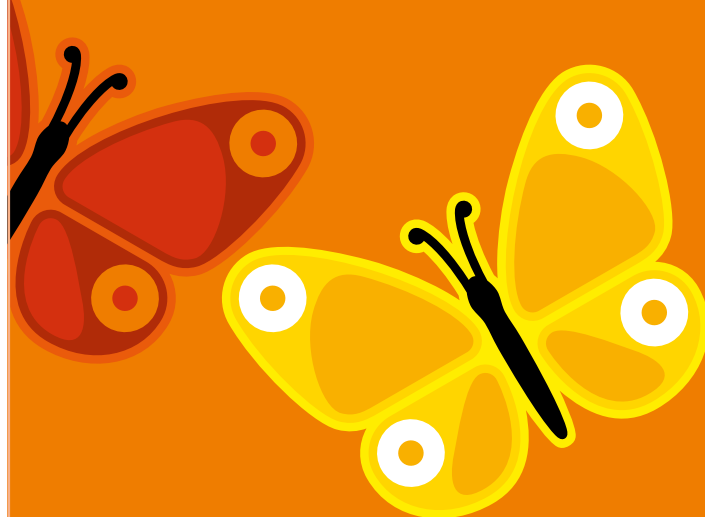
Alle Schulformen



Dokumentation · Organisation · Rechtssicherheit

FL SCHULORGANISATION

**Intakte Lebensräume sind
bunt und vielfältig. In der
Natur und in der Gesellschaft.**



**Die Tafeln tun dem Klima gut: Wir fördern
die Integration und schützen unsere Umwelt.**

Tafeln sind Orte der Begegnung. Die über 940 Tafeln in Deutschland helfen allen Menschen, die Hilfe benötigen. Unabhängig von Alter, sozialer oder ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder Beeinträchtigung.
www.tafel.de

TAFEL 
DEUTSCHLAND

BUNDESWEITES SIGNAL



JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Das Berliner Hochschulgesetz will Dauerstellen für qualifizierte Postdoktoranden zur Pflicht machen. Ein Rechtsgutachten im Auftrag der GEW Berlin räumt mit der Kritik an dem Gesetz auf: Das Vorhaben ist rechtmäßig – und hat Vorreiterfunktion für ganz Deutschland.

Das Berliner Hochschulgesetz kann kommen; es greift weder in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes noch in die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ein. Zu diesem Schluss kommt ein Rechtsgutachten, das die ehemalige Brandenburger Verfassungsrichterin Prof. Rosemarie Will Ende April vorgestellt hat. Die GEW Berlin, die das Gutachten in Auftrag gegeben hatte, appellierte an die rot-grün-rote Landesregierung und die Hochschulen, das Gesetz nun zügig umzusetzen: „Der Flaschenhals der Professur ist weder zeitgemäß noch international wettbewerbsfähig“, erklärte die Vorsitzende Martina Regulin. Die GEW Berlin habe den „Weg

für mehr dauerhafte Perspektiven neben der Professur“ von Beginn an unterstützt.

Prof. Will und ihr Co-Autor Michael Plöse widerlegen alle Argumente, die gegen das Gesetz seit Monaten vorgebracht werden (s. E&W 2/2022). Zur Erinnerung: Als erstes deutsches Bundesland verabschiedete das damals rot-rot-grün regierte Berlin 2021 ein Hochschulgesetz, das den prekären Zuständen in Wissenschaft und Forschung Einhalt gebieten soll: Laut Paragraph 110 dieses Gesetzes müssen Postdoktoranden einen unbefristeten Vertrag angeboten bekommen, wenn sie die Qualifikationsziele erfüllt haben. Und in Paragraph 95 heißt es so schlicht wie klar: „Sachgrundlose Befristungen sind grundsätzlich ausgeschlossen.“

Klagen vermutlich erfolglos

Kaum verabschiedet, überschlugen sich in der Berliner Hochschulpolitik die Ereignisse: Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin (HU), Prof. Sabine Kunst, trat zurück, später kündigte auch einer der Vizepräsidenten, Ludwig Kronthaler, an, sein Amt zum 30. September 2022 niederzulegen. Die HU zog vor das Bundes-, die Berliner Oppositionsparteien CDU und FDP gingen vor das Landesverfassungsgericht. Die Begründungen, obgleich leicht unterschiedlich: Mit der Entfristung von Postdoktoranden greife das Land in das Wissen-



Foto: GEW

ALS ERSTES DEUTSCHES
BUNDESLAND VERABSCHIEDETE BERLIN 2021
EIN HOCHSCHULGESETZ,
DAS DEN PREKÄREN
ZUSTÄNDEN IN WISSEN-
SCHAFT UND FORSCHUNG
EINHALT GEBIETEN SOLL.

schaftszeitvertragsgesetz ein; mit der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung in das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Grundsätzlich gelte: Was der Bund bereits geregelt habe, könne ein Land nicht anders regeln. Auch die Wissenschaftsfreiheit sei in Gefahr.

Laut Wills Gutachten dürften alle Klagen scheitern – weil beide Regelungen die Gesetze nicht ersetzen. „Das Land Berlin führt keine neuen Befristungsregeln ein, die bestehenden bleiben in Kraft“, erklärt Will, selbst bis zu ihrer Emeritierung HU-Professorin. Bei der Anschlusszusage für Postdocs handele es sich um einen „neuen, unbefristeten Vertrag“: Eine „Regelung des Personalwesens im Hochschulbereich“ falle zudem in die Zuständigkeit der Länder. Auch das Verbot der sachgrundlosen Befristung regle nicht Befristung – sondern deren Ausschluss.

Zur Wissenschaftsfreiheit führt Will aus: In der Organisation der Hochschulen sei der Gesetzgeber ebenso frei wie bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kritisch

merkt sie an, besser wäre gewesen, das Land hätte auch die Personalkategorien beschrieben, in denen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigt werden: Denn wenn es keine Professuren gebe, welche Art von Stellen werde dann geschaffen?

Dauerstellen für Daueraufgaben

GEW-Hochschulexperte Andreas Keller betont die bundesweite Bedeutung des Gutachtens: „Der Bund hat zwar die Gesetzgebungskompetenz für das Arbeitsrecht, die Länder können ihren Hochschulen aber Vorgaben machen, wie sie dieses anwenden“, so Keller. „Ich freue mich auf Dauerstellen für Daueraufgaben.“ Bis es soweit ist, wird es allerdings noch dauern: Eine Reparaturnovelle, vom neuen rot-grün-roten Berliner Senat inzwischen verabschiedet, gibt den Hochschulen bis September 2023 Zeit, diese Stellen zu schaffen. ■

Das Gutachten zum Download: gew.de/ew-6-22



Foto: privat

CHRISTA PREISSING

IMMER EINEN SCHRITT VORAUS ...

Am 10. April verstarb unerwartet die Kita-Expertin Christa Preissing.

Wir verlieren mit Christa eine höchst engagierte Anwältin für eine Kita-Qualität, die sie fachlich, wissenschaftlich fundiert, menschlich im Umgang, aber immer aus der Sicht der Kinder und der Fachkräfte gestaltet hat. Sie war eine gefragte Beraterin, die sich nicht mit Sachzwängen herausredete und nicht durch die Politik beirren ließ: Ruhig, fachlich kompetent nahm sie immer wieder Anlauf, „ihren“ Situationsansatz zu entwickeln und in die Praxis einzuführen. Diese Aufgabe begleitete sie ihr ganzes berufliches Leben lang. Der Situationsansatz war und bleibt Christas Markenzeichen für die Kita-Praxis! Bereits 1988 erarbeitete sie zusammen mit Roger Prott die „erste Platz- und Personalbedarf-Studie in Tageseinrichtungen für Kinder“ im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung. Diese wissenschaftliche Untersuchung war ein Meilenstein und inhaltliche Grundlage für den zehnwöchigen Kita-Streik in Berlin 1990. Christa vertraute den Kolleginnen und Kollegen der Praxis und suchte immer wieder nach Formen der Unterstützung für ihre Arbeit: beispielsweise bei der Mitgründung des Berliner Fortbildungsinstituts für die sozialpädagogische Praxis, dessen Kernelement die Selbstorganisation der Fortbildung war.

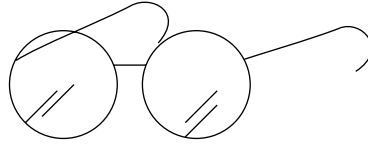
Die Gestaltung von Bildungs- und Lerngeschichten, die Erarbeitung der ersten Bildungspläne für die Tageseinrichtungen für Kinder, die Entwicklung von Qualitätsmerkmalen für die Kita-Praxis und die Selbst- und Fremdevaluation waren Schritte in ihrem Engagement, eine hochwertige Kita-Praxis zu formen. Diese prägten und prägen die Kita-Welt. Dafür gründete sie zusammen mit anderen „ihr“ Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung und die Internationale Akademie Berlin. Sie war der Gewerkschaft immer gewogen, und gemeinsam haben wir viele Fachforen auf Messen und Kongressen gestaltet und für ihre Themen gekämpft.

Christa hinterlässt eine große Lücke. Sie, die immer einen Schritt weiter dachte, fehlt nun. Die Kita-Welt bedankt sich für ihren unermüdlichen Einsatz. Ach ja, liebe Christa, mit Dir konnten wir abends klönen und unseren Ideen freien Lauf lassen – auch das wird jetzt fehlen.

NORBERT HOCKE

ehemaliges GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit

MITGLIEDERFORUM



BEITRÄGE ZUM THEMA UKRAINE-KRIEG

(E&W 3/2022, SEITE 48: „#NIEWIEDERKRIEG!“, E&W 4/2022, SEITE 22 F.: „DAS RICHTIGE TUN“, MITGLIEDERFORUM SEITE 47: „FATALES SCHWARZ-WEISS-DENKEN“, SEITE 48: „DIESMAL“ UND E&W 5/2022, SEITE 40: „RESOLUTION DER GEW ZUM UKRAINE-KRIEG“ SOWIE MITGLIEDERFORUM SEITE 46 FF.: „BOTSCHAFT: KEINE DEBATTE!“, „UNGEHÖRIG“ UND „FROH, DASS ES DIE NATO GIBT“)

NATO-OSTERWEITERUNG EIN FEHLER

Die Verurteilung des russischen Überfalls auf die Ukraine durch den DGB und seine Einzelgewerkschaften hat mit dazu beigetragen, dass deutschlandweit Hunderttausende auf die Straße gingen. Völkerrechtswidrige Kriege sind nach deutschem Recht Terrorismus, so auch der Überfall auf die Ukraine. Der US-Diplomat George Kennan sagte 1997: „Die Osterweiterung der NATO ist der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg.“ Allerdings nicht für die US-Waffenschmiede! Wir sollten eine Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands anstreben. Diese wäre nicht nur für die baltischen Staaten viel besser gewesen als die Wiederbelebung des Kalten Krieges. Wenn die russische Armee im Angriffskrieg gegen die Ukraine „humanitäre Korridore“ anbietet, hat dies den Klang vergifteter Wohltätigkeit. Was der Versorgung und Evakuierung der Zivilisten dienen soll, ist zum einen gefährlich, weil diese sich offenkundig nicht darauf verlassen können, dass die Feuerpausen halten. Zum anderen kann die Vertreibung der Menschen über eine Schutzzone, selbst wenn diese einigermaßen friedlich gelingen sollte, der Startschuss für weitere Zerstörungen der Städte werden.

Ulrich Bald, Hagen

NOTWENDIGE WEHRHAFTIGKEIT

Schon der erste Satz des Leserbriefes von Heinz Klippert ist geprägt durch eine Schiefelage des Denkens: „Dass Aufrüstung nur selten Frieden, aber immer wieder Kriege und Zerstörung ausgelöst hat, ist ein Fakt.“ Richtig ist: Waffen sind zur Verteidigung da. Offensichtlich gibt es seit dem 24. Februar 2022 einen Staat, der diese Bedeutung nicht einhält und seine Waffen zum Angriff nutzt: Russland. Es reicht, dass darunter die Ukraine leidet. In diesem Sinn ist der Beschluss des Deutschen Bundestages zur besseren Ausrüstung der Bundeswehr zu verstehen, und er ist richtig. Auch die Haltung der NATO, in die Auseinandersetzung Ukraine/Russland nicht einzugreifen, ist verständlich und richtig, da kein NATO-Land angegriffen wurde. Das hat mit Schwarz-Weiß-Denken nichts zu tun, sondern mit der Wehrhaftigkeit eines demokratisch gesinnten Staates.

Erika Hoffrichter, Berlin

SCHWEIGEN ZU PUTINS VERBRECHEN

Vielen Dank für das „Diesmal“ in der April-Ausgabe der E&W. Es hat mich sehr berührt. Verbunden damit auch die Hoffnung, dass wir uns in Zukunft von weiter entfernten Kriegen ebenso berühren lassen und entsprechendes Mitgefühl zeigen.

Kein Dank geht an Leserbriefschreiber Heinz Klippert, der zu den Verbrechen des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine genau einen Satz verliert, um dann die Hälfte seiner Zuschrift dafür zu verwenden, die USA psychologisch für die Zustände in Syrien, Afghanistan und anderswo verantwortlich zu machen ohne auch nur mit einer einzigen Silbe Russlands beziehungsweise Putins aktive Verantwortung für dortige Kriegsverbrechen zu erwähnen. Chapeau! Schwarz-Weiß-Denken at its best!

Juliane Kühne, Berlin

>>> DANKE

Danke für den Abdruck der Resolution des GEW-Hauptvorstandes. Diese spiegelt so ziemlich genau meine Haltung zu diesem Thema. Besonders der letzte Abschnitt liegt mir am Herzen. Frieden schaffen mit immer mehr Waffen ist für mich ein „No-Go“. Jetzt weiß ich wieder mal, warum ich der GEW seit 50 Jahren treu geblieben bin.

Angela Kernen, Berlin

VERLOGENE GRÜNE

Ich habe kaum etwas Besseres zum Ukraine-Krieg gelesen als die Resolution des GEW-Hauptvorstandes zu diesem elenden Putin-Gemetzel. Vielleicht noch den offenen Brief zum gleichen Thema in Alice Schwarzers „Emma“, auch unterschrieben von einem – meinem – Lieblingsänger, Reinhard Mey!

Man stelle sich vor: 100 Milliarden Euro nicht für mörderische Panzer, Bomben und Raketen der Bundeswehrhelden, sondern für die Bildung in der Ukraine! Wie man mit Feuer kein Feuer löschen kann, so kann man mit Waffen den Frieden nicht gewinnen, sondern nur mit Erziehung, Bildung und Wissenschaft.

Für wirklich widerliche Akteure in diesem Putin-Blutbad halte ich die Grünen Annalena Baerbock und Robert Habeck, die Außenministerin wird zur Waffenlieferantin, der Wirtschaftsminister zum Öleinkäufer bei der islamistischen Terrordiktatur der katarischen Frauen- und Menschenrechtsfeinde, getreu dem verlogenen grünen Wahlkampfeslogan für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen: „Kein Öl von Diktatoren!“

Die beiden grünen Machtopportunist(inn)en wurden bei der Landtagswahl vom Wahlvolk obendrein mit riesigen Stimmenzuwächsen belohnt!

Hartmut Wagner, Schwerte

POSITIONIERUNG FÄLLT SCHWER

Die Reaktionen auf die Krim-Annexion waren zu schwach. Russlands Präsident Wladimir Putin hat weiter eskaliert. Angesichts der Kraft der Bilder fällt es mir schwer, mich zu positionieren. Ich habe aber große Probleme damit, dass EU- und NATO-Staaten schwere Waffen liefern und die öffentliche Debatte allein um diesen Punkt kreist. Froh bin ich darüber, dass endlich Zivilisten aus den umkämpften ukrainischen Orten, die einmal Dörfer und Städte waren, durch UN und Rotes

Kreuz gerettet wurden. (Schwere) Waffen sind zum Zerstören und Töten da, sie retten keinen einzigen Zivilisten. Rettungsmissionen und Fluchtkorridore können nur auf dem Verhandlungsweg erreicht werden. Eine große Einigkeit der Nationen, internationalen Organisationen und Glaubensvertreter kann Putin beeindrucken und zumindest zum Zulassen humanitärer Aktionen bewegen. Die Ukraine erhält riesige Unterstützung aus dem Ausland, leider hauptsächlich „Waffenhilfe“, damit kann nach einem Krieg nichts bewirkt werden. Wer Waffen liefert, sollte sich Gedanken machen, wem diese in die Hände fallen können. Es könnte daraus ein ernsthaftes Problem erwachsen.

Thomas Garz, Bremen

NOTWENDIG, SICH ZU VERTEIDIGEN

Ich distanzieren mich vom letzten Absatz der Resolution des GEW-Hauptvorstandes zum Ukraine-Krieg. Es ist bitter, dass wir in einer Zeit leben, in der ein Diktator wie der russische Präsident Wladimir Putin mitten in Europa ein Nachbarland unter verlogenen Vorwand überfällt. Es ist bitter, dass wir wieder Völkermord in Europa erleben müssen, russische Truppen systematisch Zivilisten ermorden. Und es ist tatsächlich bitter, dass wir feststellen müssen, Deutschland hätte einer solche Aggression nur wenig entgegenzusetzen, weil die eigene Armee in den vergangenen Jahrzehnten, so wie auch viele Bereiche unserer zivilen Infrastruktur, nicht adäquat finanziert wurde. Die Zeitgeschichte zeigt, dass ein Aggressor dann einen Krieg anzettelt, wenn er eine reelle Chance auf den Sieg sieht. Das zeigen die Beispiele der Angriffskriege unter den Diktatoren Adolf Hitler (gegen Polen, Frankreich, Dänemark, UdSSR ...), Josef Stalin (gegen Finnland) und Mao Tse-tung (gegen Tibet) sehr eindrucksvoll. Wir alle schätzen unsere Freiheiten. Ich sehe, dass diese in Europa zunehmend durch Putin bedroht sind. Darum ist es notwendig, die Verteidigungsfähigkeit unserer Demokratie nach außen gegen Aggressoren zu verbessern. Dies schützt auch unsere Freiheit als Gewerkschaft!

Harald Schröder, Weinsberg

ANGEMESSENE RESOLUTION

Der GEW-Hauptvorstand hat mit seiner Resolution angemessen und besonnen auf den Krieg in der Ukraine reagiert. Angemessen, weil er für Solidarität mit den Opfern dieses Krieges und die dringend notwendigen

Anpassungen des deutschen Bildungssystems an die zusätzlichen Aufgaben wirbt. Besonnen, weil er sich – trotz aller Grausamkeiten auf dem Kriegsschauplatz – klar für eine friedliche Lösung des Konflikts ausspricht und die geplante Aufrüstung eindeutig ablehnt. Diese Haltung spiegelt die Rationalität wider, die aus der Verpflichtung der Bildungsgewerkschaft folgt, nämlich die Verpflichtung, die Leben der Menschen zu bewahren – statt Territorien und Privilegien zu schützen. Ich danke dafür.

Klaus Ried, München

KEIN DANK AN DIE NATO

Der russische Präsident Wladimir Putin ist nicht der deutsche Nazi-Diktator Adolf Hitler. Und die Ukraine nicht das unschuldige Land, für das es sich ausgibt. Der Krieg hat nur hässliche Gesichter, oder glauben Sie, Thomas Martini, dass irgendein Krieg irgendwo anders anders aussieht? Insofern gibt es keinen Unterschied zwischen den Geflüchteten 2015 und 2022.

Ich vermisse deutlich die Analyse in diesem Konflikt – und ich vermisse deutliche Gegenpositionen zu der Lieferung von Waffen. Ich will einen Krieg nicht weiter anheizen, wie es die Grünen zurzeit machen. Durch diese Haltung werden wir möglicherweise in einen 3. Weltkrieg „rutschen“. Das will ich auf keine Fälle. Und endlich scheinen die Gewerkschaften auch etwas dagegen zu mobilisieren. Denn von der Presse und diesem unsäglichen ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk, der ja bekanntermaßen seine Wurzeln im rechtsnationalen Milieu hat, gibt es lediglich Forderungen, was die Bundesrepublik alles zu liefern hat. Unglaublich – deutsche Waffen wieder gegen Russland.

Gut, dass meine GEW-Vorsitzende Maike Finne sich so positioniert hat. Wir brauchen dringend eine Gegenbewegung gegen das, was sich gerade vollzieht. Ich will ein Land, das nicht Konflikte schürt und weitere Opfer durch Waffenlieferungen produziert. Und ich bin der NATO nicht dankbar, denn sie ist Teil des Konflikts.

Siegbert Bruders, Berlin

MITVERANTWORTUNG DER UKRAINE

Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar war genauso völkerrechtswidrig wie der Angriff der NATO auf Jugoslawien im Jahr 1999, ist also nicht der erste Krieg zwischen Staaten in Europa seit 1945. Der Anschluss der

Krim an Russland 2014 erfolgte genauso völkerrechtswidrig wie die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008. Durch beide Aktionen wurden die Grenzen in Europa verschoben.

Der russische Angriff erfolgte auch nicht unprovokiert: Die ukrainische Regierung verweigert sich bis heute, mit Vertretern der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk auch nur über Autonomie (nicht Unabhängigkeit!) zu reden, obwohl sie nach den Minsker Verträgen bereits 2015 völkerrechtlich dazu verpflichtet wurde. Die fortdauernde Osterweiterung der NATO könnte durch jedes einzelne Mitgliedsland blockiert werden. Eine angebliche „Politik der offenen Tür“ ist also ein Vorwand.

Das alles kann den Überfall Russlands nicht entschuldigen, aber es zeigt meines Erachtens die Mitverantwortung der Ukraine und des Westens. Aufrüstung und Eskalation schaden allen Europäern, einschließlich aller Ukrainer und aller Russen. Deshalb gibt es keine Alternative zu Verhandlungen.

Veiko Krauß, Leipzig

DIE NÄCHSTE ANGSTFALLE

Die (mir zugängliche) westliche Berichterstattung hat eine affektive Lawine losgetreten, die in ihrer Wucht Emotionen auf- und hochkochen ließ und lässt, die ich nicht für möglich gehalten hätte und die man (möglicherweise) für andere, dahinterstehende Interessen gezielt bündeln und kanalisieren kann. Wir sitzen nach Covid-19 in der nächsten „Angstfalle“ – und Angst ist der beste Rohstoff, der als Manipulationsinstrument im Interesse der Herrschenden missbraucht werden kann. Ob die Interessen der USA und jene Europas identisch sind, wage ich stark zu bezweifeln.

Wo blieben die Sanktionen des werte- und freiheitsliebenden Westens, als die USA einen auf Lügen basierenden Angriffskrieg gegen den Irak vom Zaun brachen, die Folter als Wahrheitsfindungsinstrument legalisierten, den Internationalen Gerichtshof nicht mehr als für sie zuständig anerkannten und alle Abrüstungsverträge einseitig aufkündigten? Sind „Sanktionen“ nicht auch ein Bruch des Völkerrechts und ein Krieg unterhalb der offiziellen Kriegsschwelle sowie ein Mittel, um unerwünschte Gegenspieler aus dem Spielfeld zu nehmen und zur Anerkennung der eigenen Spielregeln zu zwingen?

Reiner Klein, Norden

>>> FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN

Liebe Gerlinde Heinze, wie wollen Sie denn sonst Frieden schaffen, wenn nicht ohne Waffen? Mit Waffen hat es noch nie funktioniert. Für Ihr bisheriges Anti-Kriegs-Engagement brauchen Sie sich nicht zu schämen. Sie haben sich gegen die Kriege der NATO und der Bundeswehr ausgesprochen, hätten vermutlich auch nicht mitgeschossen, wenn das jemand von Ihnen verlangt hätte. Da sind wir „Brüder im Geiste“. Was hat sich jetzt für Sie geändert? Wollen Sie mich jetzt verteidigen, sogar mit „schweren Waffen“? Ich bitte Sie – das kann ich gar nicht annehmen. Oder soll jemand anderes mich verteidigen? Ihr Mann, Ihr Sohn, auf jeden Fall nicht Sie persönlich? Oder soll ich gar nicht verteidigt werden? Wer dann? Sie selbst? Vor wem? Der Tisch des russischen Präsidenten Wladimir Putin mag ja aus Würselener Perspektive albern wirken, aber ich denke, er hat nichts gegen Sie. Bedenken wir also die Vorgeschichte des jetzigen Krieges, vielleicht ab dem Zeitpunkt der Auflösung des Warschauer Vertrags. Bedenken wir, wem dieser Krieg nutzt und wer alles bezahlen muss. Die NATO – Frau Heines Freund und Helfer?

Es ist schlimm, dass in meiner Gewerkschaft hier Zweifel aufkommen können. Frieden schaffen ohne Waffen, natürlich, jetzt erst recht!

Steffen Hoffmann, Schöneiche bei Berlin ■

PEINLICHE FORDERUNG

(E&W 3/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 42: „WIE EIN BITTSTELLERVEREIN“, „MINUSRUNDE FÜR RUHESTÄNDLER“ UND „AUS DEN AUGEN, AUS DEM SINN“)

Nach der Lektüre der E&W-Leserbriefe war ich entsetzt über das fehlende Urteilsvermögen der drei Leserbriefschreiber*innen. Die Corona-Sonderzahlung in der Ländertarifrunde war nur für die aktiven Lehrkräfte, die sich und ihre Familien in der noch immer andauernden Pandemie der Infektionsgefahr ausgesetzt haben und noch aussetzen – zunächst ohne Impfung und immer noch ohne technische Lüftungsgeräte mit 30 Schüler*innen in kleinen Klassenräumen. Hinzu kam die Herausforderung, im Lockdown Schule und Lernen zu realisieren. Die Forderung nach einer Einmalzahlung für Ruheständler ist mehr als peinlich. Hinzu kommt, dass Rentner*innen, ehemalige Tarifbeschäftigte, nie

von Gehaltserhöhungen profitieren und das bei einem wesentlich geringeren Ruhegehalt!

Hallo, aufgewacht: Wir sind seit zwei Jahren in einer Pandemie, im Sommer 2021 gab es eine verheerende Flutkatastrophe. Menschen haben ihre Existenz, ihre Jobs und ihr Zuhause verloren. Von Gewerkschaftsmitgliedern erwarte ich Solidarität über das eigene Bankkonto hinaus!!!

Edith Zischke-Siewert, Duisburg

ALBERN

Ich bin froh, im Ruhestand zu sein, und brauche auch keine „Corona-Sonderzahlung“ wie die noch aktiven Kollegen. Die Forderung finde ich albern. Was soll der Steuerzahler noch alles finanzieren?

Fritz Plachetta, Hemmingen

LEHRKRÄFTETHEMEN DOMINIEREN

(E&W 4/2022, GESAMTAUSGABE)

Nachdem ich als Studentin bereits Mitglied der GEW war und im Übergang in den Beruf mangels Bezug/Repräsentanz meines Faches aus der GEW ausgetreten bin, habe ich nun wieder den Beitritt gewagt. Die Hoffnung war, dass sich meine Profession (Wissenschaft/berufliche Bildung/Forschung) nun mehr widerspiegelt – immerhin heißt die Gewerkschaft ja Erziehung und Wissenschaft. Als ich die E&W in den Händen hielt, entdeckte ich zwar spannende Beiträge zu aktuellen Themen der Demokratie und Gesellschaftspolitik, aber zu beruflicher Bildung oder Wissenschaft: null. Das finde ich äußerst schade. Leider bestätigt sich die Dominanz des Lehrkräftethemas auch in den Seminarangeboten der GEW, so dass ich sicherlich mit einer mangelnden Ansprache im Heft leben könnte, dies in den fachlichen Angeboten aber weitergeht. Als Lehrkraft findet man sehr viele und sinnvolle Veranstaltungen und Beiträge, als Tätige in der beruflichen Bildung (Wissenschaft) jedoch sehr wenig.

Katrin Böhnke, Bonn

EINFACH ÜBEL

(E&W 4/2022, SEITE 10 FF.: „DAS BANALE NICHTS“)

Egal, ob mit professoralem Titel wie Claus Leggewie oder ohne: Das Gedanken- und Schreibmuster der

Verfechter des faktischen Impfwangs arbeitet stets mit dem gleichen Muster: Erstens, das Impfen ist ethisch geboten – und Andersdenkende sind unethisch; zweitens, die Wissenschaft ist nur auf meiner Seite; drittens, Impfen ist harmlos; viertens, soziale Verwerfungen interessieren nicht.

Ein Zitat von den vielen möglichen des Artikels: Leggewie schreibt von der Ablehnung „des risikolosen, nach allen Gesetzen der Vernunft und des Mitgeföhls gebotenen Impfens“. Der Grundsatz „Habeas corpus“ (Du sollst deinen Körper haben) ist jedoch ein harterkämpftes Menschengrundrecht. Die Verteidigung eines Menschengrundrechtes als unethisch zu klassifizieren, ist einfach übel. Und selbst sonst regierungsfromme Medien – etwa der Mitteldeutsche Rundfunk – berichten mittlerweile über erhebliche Impfschäden.

Leuten wie Leggewie gibt das offensichtlich nicht zu denken – ich hoffe, anderen schon.

Dieter Sauerwald, Borken

SCHADE UM DEN INHALT

Wie schade um den Inhalt, um die Aussage Seite 12, Spalte 1: „Mit deren Zielsetzungen – [5 Zeilen weiter] ... – haben die heutigen Querdenker rein gar nichts gemein.“ Bei diesem und einigen anderen gleichgestrickten Sätzen verliert man als Leser*in den Überblick. Am Ende eines solchen Satzes weiß man nicht mehr, worum es anfangs überhaupt ging.

Ist es für einen Professor zu anstrengend, verständlich zu formulieren? Als angehende Lehrkraft hat man das noch gelernt, schließlich sollten ja Inhalte vermittelt und nicht ein intellektueller Höhenflug simuliert werden. Wenn nötig, biete ich gerne pro bono Überarbeitungen an (ohne den Satzinhalt zu verändern).

Thomas Alt, Saarbrücken

FESTGEFAHRENE PERSPEKTIVE

Mit Claus Leggewie meldet sich ein politikwissenschaftliches Schwergewicht zu Wort. Mit dürftigem Ergebnis. Zur Analytik, zur Erhellung der bleiernen Corona-Zeit just in diesem Deutschland trägt sein Artikel nichts bei. Die Stoßrichtung bewegt sich auf ideologisch ausgetretenen Pfaden. Viel Lamento, jargonhafte Sprache. Kritisch-tiefgründige Analyse mit Beweiskraft und nachdenklichem Blick aufs Ganze geht anders.

Wie wäre es, den fachmännischen Blick zu schärfen und auf den braven, staatstragenden Pflichtenbürger in der „Mitte“ der Gesellschaft zu richten? Dieser wiegt sich in Frieden mit sich angesichts der großzügigen Selbstzumessung der knappen Ressourcen Solidarität und Toleranz. Er hat die(se) Tugenden gepachtet. Und „Wutbürger“, „Querdenker“ und andere „egomane Freiheitshetoriker“ (Leggewie) aus der Moral der „Guten“ ausgeschlossen.

Um die liberale Demokratie am Leben zu halten, gleichsam mit frischem Blut zu versorgen, braucht es den Protestbürger – Couleur egal –, der auch mal lautstark über sich hinauswächst, über die Stränge schlägt, nicht den „politisch korrekten“ Musterdemokraten – geformt nach der Formel „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“.

Christian Bromig, Frankfurt/Main

TEIL DES PROBLEMS

(E&W 4/2022, SEITE 10 FF.: „DAS BANALE NICHTS“ SOWIE E&W 5/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 45: „UNGEHEUERLICHE UNVERSCHÄMTHEIT“)

Warum hat der Artikel des Politikwissenschaftlers Claus Leggewie bei einigen Kolleg*innen so großen Ärger ausgelöst? Auch bei mehrmaligem Lesen habe ich nichts gefunden, das sich mit in den vergangenen Jahren von der GEW vertretenen Positionen nicht verträgt. Die Beschreibung der Querdenkerszene deckt sich mit dem, was aus allen seriösen Medien zu entnehmen ist und dürfte bei den meisten Menschen außerhalb der Szene auf Zustimmung stoßen. Ich habe den Eindruck, die verärgerten Kolleg*innen sind Teil des beschriebenen Problems. Markantes Beispiel hierfür ist der Brief von Ralf Höpfner. Er beschwert sich, dass Leggewie keine „handfesten und überprüfbaren Belege ... für seine These, Corona-Leugner seien alle gleich mit den üblichen Verdächtigen wie AfD usw. bis hin zu Antisemiten“ (an-) „führt“. Leggewie hat diese These nicht aufgestellt, sondern vielmehr das breite Spektrum der Beteiligten der Querdenker-Demos anschaulich und differenziert beschrieben.

Abschließend versucht Höpfner, Leggewie mit dem Hinweis, dass der Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen sei, zu diskreditieren. Der Text hätte aber ebenso gut in einer anderen überregionalen Zeitung erscheinen können.

Liv Nana Teichmann, Gleichen

>>> UMSETZUNGSPROBLEM

(E&W 4/2022, SEITE 32 FF.: „HINTERGRUND: LEHRKRÄFTEARBEITSZEIT“)

Will die GEW das Rad neu erfinden? Schon in den 1980er-Jahren hat es in Hamburg eine Arbeitszeitkommission gegeben, die sich mit der Rechtslage und der Realität befasst hat und durch eine Aktion zur Führung von Arbeitsbüchern konkrete Zahlen zur Verfügung stellte. Der Personalrat Gymnasien hat um 1990 modellhaft errechnet, welche absurde Zeitwerte sich für die vielen Arbeiten der Lehrkräfte ergäben, wenn die für Beamte vorgeschriebene Wochenarbeitszeit (einschließlich des Ferienvorteils) eingehalten würde. Die Schulbehörde hat dieser Berechnung nicht widersprochen. Geändert hat sich allerdings auch nichts.

Aufrufe an die Beschäftigten, die Arbeitszeit einzuhalten, zum Beispiel durch das Verweigern freiwilliger Arbeiten wie Klassenreisen, sind gescheitert, weil zu wenige Kollegen und Kolleginnen auch und gerade aus der GEW mitgemacht haben. Von der Schweizer Unternehmensberatung Knight Wegenstein (1973) bis zur GEW-Studie Niedersachsen (2015/16) hat es zahlreiche Untersuchungen mit ähnlichen Ergebnissen zur Lehrkräftearbeitszeit gegeben. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Nicht einmal die GEW selbst hat die Ergebnisse, nämlich hohe Überstundenzahl an Gymnasien, relativ geringe an Grundschulen, akzeptiert und in ihren Forderungskatalog aufgenommen. Wen also will sie jetzt überzeugen?

Bernd Hundertmark, Bad Pyrmont

DRUCK AUF GESETZGEBER NÖTIG

Der Europäische Gerichtshof hat in einem Grundsatzurteil festgehalten, dass Arbeitgeber (auch bei Beamten) verpflichtet sind, Arbeitszeiten exakt und minutiös festzuhalten. Dieses vor etwa drei Jahren ergangene Urteil muss nach wie vor erst noch in nationales Recht umgesetzt werden. Hier erwarte ich von allen Gewerkschaften entsprechenden Druck auf den Gesetzgeber. Auch wenn die dann resultierenden Aufzeichnungspflichten nicht allen KollegInnen schmecken sollten, so dürfte erst nach einer entsprechenden Gesetzesreform eine Zeitenwende bei den Lehrerarbeitszeiten zu erwarten sein.

Stephan Jacobs, Mönchengladbach

EIN GENUSS

(E&W-GESAMTAUSGABE 5/2022)

Die E&W 5/22 las ich zügig mit Genuss.

Johannes Dahl, Medelby

ES BRAUCHT MÄNNLICHE VORBILDER

(E&W 5/2022, SCHWERPUNKT SEITE 6 FF.: „MÄNNER IN PÄDAGOGISCHEN BERUFEN“)

Herzlichen Dank für die Schwerpunkt-Artikel über die leider unterrepräsentierten Männer in pädagogischen Berufen. Ich habe einen Punkt hinzuzufügen, der meiner Meinung nach auch ein Grund ist, warum sich Männer gegen eine Arbeit im Erziehungsbereich, speziell im frühkindlichen Bereich, entscheiden.

Bei kleinen Kindern gehört es zum Alltag, die Kinder beim Toilettengang zu unterstützen oder zu wickeln. Mir ist bekannt, dass es Einrichtungen gibt, die sich dafür entschieden haben, Männer nur mit Jungen diese körpernahen Dienste ausüben zu lassen, während die beschäftigten Frauen beide Geschlechter unterstützen. Für dieses Vorgehen erschließt sich mir nur die Erklärung, dass es sich hierbei um eine Präventivmaßnahme handelt, um sexuellem Missbrauch vorzubeugen. Dies könnte für Männer auch ein Grund sein, sich gegen eine Arbeit in diesem Bereich zu entscheiden.

Mir ist bewusst, dass sexueller Missbrauch sehr präsent ist und häufig Männer beteiligt sind. Doch aus Jungen werden Männer, und vielleicht kann sich etwas ändern, wenn Kinder in ihrer Erziehung Männer haben, die ihnen ein anderes Vorbild aufzeigen.

Andrea Wild, Pforzheim

NICHT MEHR ZEITGEMÄSS

Mit sehr viel Interesse habe ich gesehen, dass Sie Ihre jüngste Ausgabe der E&W dem Thema „Männer in pädagogischen Berufen“ widmen. Die Artikel zu der Thematik sind differenziert und angemessen. Sie haben völlig recht, dass dem aufgezeigten Missstand mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Wir Kolleg*innen beobachten die Tendenz, dass sich pädagogische Berufe zu rein femininen Berufsfeldern entwickeln, seit geraumer Zeit mit Sorge. Umso mehr erstaunt es, dass in der schulischen Wirklichkeit die

Aufgabe, auf Gleichstellung zu achten, nach wie vor nur von weiblichen Kollegiumsmitgliedern ausgeübt werden darf und bei der Wahl männliche Kollegen nicht einmal ein Stimmrecht besitzen. Dies ist längst nicht mehr zeitgemäß, weil es an der Realität vorbeigeht.

Jochen Luck-Bogdal, Mülheim an der Ruhr

SEXISTISCHER QUATSCH

(E&W 5/2022, SEITE 16 F.: „JUNGEN BRAUCHEN MÄNNER – MÄDCHEN AUCH“)

Der Artikel hat mich geschockt. Ein Beitrag, der fordert, es brauche mehr Männer in pädagogischen Berufen, um Stereotype aufzubrechen, und der gleichzeitig so viele Stereotype bedient – das tut echt weh. „Männertypische Interessen“ wie „Raufen und Toben, sich für Handwerkliches und Technik begeistern, Klettern und körperliche Grenzen austesten: Das alles können Frauen natürlich

auch, aber oft liegen ihre Stärken woanders“. Bitte was? So ein sexistischer Quatsch aus einem anderen Jahrhundert schwarz auf weiß im Magazin der GEW. Ich bin sauer und verstehe nicht, wie Veränderung eintreten soll, wenn solche Stereotype perpetuiert werden. Absolut unmöglich!

Yonca Erdogan, Berlin

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409,

60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



EIN LEBEN VERÄNDERN!

Mit einer Patenschaft können Sie Mädchenbildung fördern.

„WERDEN SIE PAT:IN!“

Plan International Deutschland e.V.
www.plan.de

PLAN INTERNATIONAL
Gibt Kindern eine Chance

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Uvds DESIGN feiert 15-jähriges Firmenjubiläum

Deshalb gibt es jetzt neue Wand- und Quinzenzirkeluhren sowie Geschenke:

10 % Spende an die Ukraine-Hilfe
5 % Rabatt für Sie

bei jeder Bestellung mit dem Gutschein-Code: **EW15**
Aktion geht bis 31.12.2022



Neugierig auf Neues?
Hier Newsletter bestellen:
webshop.uvds-design.com/newsletter

Uvds-Design.com
info@Uvds-Design.com
webshop.uvds-design.com

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0
anzeigen@stamm.de

Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Hamburg
Schülertouren

St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
www.kiezjungs.com

Insel Rügen: Ferienwohnungen direkt am Wasser mit traumhaftem Seeblick, ruhig, sonnig, komfortabel

Fam. Jens: **Tel. 038301 60289**
www.alte-bootswerft.de



TOSKANA
Urlaub im BIO-Weingut.

Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche. Ermäßigung für GEW-Mitglieder!

Tel./Fax 0039-571-408041  
info@aglioni.it, www.aglioni.it

DIESMAL

